

Erscheint wöchentlich Freitags.  
Zu beziehen nur durch die Post  
zum Preise von 1,20 M. viertel-  
jährlich.

# Sattler-

Inserate kosten 30 Pfennig pro  
3 gespaltene Petitzeile.  
Bei Wiederholungen entsprechen-  
der Rabatt.

# und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten  
Lederverwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 28 .: 25. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Bräden-  
straße 106 .: Telephon: Amt IV, 2120

Berlin, den 14. Juli 1911

**Inhalt:** Beitragszahlung. — Streiknotizen. — Auf-  
zu neuer Arbeit! — Der achte Kongress der Gewerkschaften  
Deutschlands. III. — Urwahlen oder Delegiertenkongress? —  
Reichsversicherungsordnung. III. — Militärsattler-Gewand. —  
Streiks und Lohnbewegungen. — Aus unserem Beruf. —  
Korrespondenzen. — Aus anderen Organisationskreisen.  
— Soziales. — Genossenschaftliches. — Rundschau. — Bekannt-  
machung für die Portefeuille- und Reiseartikelindustrie. —  
Bücherchau. — Versammlungskalender. — Anzeigen.

Für die Woche vom 16. bis 22. Juli ist  
der 29. Verbandsbeitrag fällig. Wer länger  
als fünf Wochen mit seinen Beiträgen im  
Rückstand ist, kann keinerlei Unterstützung aus  
der Verbandskasse erhalten.

**Achtung! Kollegen! Achtung!**  
Köln. In der Wagen- und Automobil-  
fabrik von Kievernagel in Brühl b. Köln dauern  
die Differenzen unverändert fort.

Kiel. Hier stehen die Tapezierer immer  
noch im Kampfe, weshalb Bezug streng zu  
meiden ist.

Von allen obengenannten Orten ist der Zu-  
zug streng fernzuhalten.

## Auf, zu neuer Arbeit!

Die Tarifbewegung in der Lederverwaren-  
industrie hat im Laufe des letzten Halbjahres nicht  
nur einen breiten Raum in unserem Fachorgan  
beansprucht, sondern auch, wie es nicht anders  
möglich sein konnte, alle Maßnahmen der Ver-  
bandsleitung wesentlich beeinflusst. Doch würde  
es falsch sein behaupten zu wollen, die anderen  
Branchen seien nicht genügend berücksichtigt oder  
gar vernachlässigt worden. Ein Blick auf die  
Rubrik „Streiks und Lohnbewegungen“ in unse-  
rem Fachorgan wird jeden belehren, daß unser  
Verband wohl selten soviel Lohnbewegungen im  
ersten Semester zu verzeichnen hatte, wie gerade  
in diesem Jahre. Wir erinnern hier nur an  
den Kampf in der Reiger Kinderwagen-  
Industrie, an die Tarifabschlüsse in  
Pahna u. Schl., an die Lohnbewegung der  
Berliner Geschirrsattler, mit dem  
Erfolge eines Tarifabschlusses mit der Berliner  
Sattlerinnung, an die Lohnkämpfe in Han-  
nover, Braunschweig, Halle, Meer-  
rane, Magdeburg, Chemnitz, Köln,  
Stuttgart, Berlin, Spandau,  
Potsdam, München (Tarifabschlüsse in  
der Treibriemenindustrie und Geschirz-, Reit-  
zeug- und Sportartikelbranche), Erlangen,  
Hamburg (Geschirzbranche), Würzen,  
Werdau, an dem Tarifabschluß in  
der Militäreffektenbranche in  
Sachsen und an alle Bewegungen, die wir  
mit anderen Gewerkschaften gemeinschaftlich  
führten.

Doch wollen wir damit keineswegs sagen,  
daß genug geschehen ist. Im Gegenteil. Viel

mehr hätte geschehen können, wenn unsere Kol-  
legen nur wollten.

Nachdem nun für mehr als die Hälfte  
unserer Mitglieder langfristige Verträge abge-  
schlossen sind, für deren Einhaltung sie in erster  
Linie selbst sorgen werden, können die anderen  
Verbände zur Verfügung stehenden Kräfte und  
Geldmittel, im Interesse unserer Kollegen in  
den Provinzstädten und hier wieder vorzugs-  
weise im Interesse derer, die bei Kleinmeistern  
unter dem schmachvollen Kost- und Lo-  
nabzwang leiden müssen, angewendet werden.

Es ist uns gelungen in der alteingewurzel-  
ten Heimarbeiter- und hier wieder vorzugs-  
weise im Interesse derer, die bei Kleinmeistern  
unter dem schmachvollen Kost- und Lo-  
nabzwang leiden müssen, angewendet werden.  
Es ist es uns gelungen in der alteingewurzel-  
ten Heimarbeiter- und hier wieder vorzugs-  
weise im Interesse derer, die bei Kleinmeistern  
unter dem schmachvollen Kost- und Lo-  
nabzwang leiden müssen, angewendet werden.

Wenn wir sagen: „uns“, so meinen wir  
allerdings nicht die bloße Form unserer Organi-  
sation, sondern unter „uns“ verstehen wir die  
dem Verbande der Sattler und Portefeuille-  
angehörigen Sattlergesellen. Damit wollen  
wir ausdrücklich betonen, daß wir zur Vereini-  
gung aller sachlichen und beruflichen Mißstände  
und zur Beseitigung geordneter Verhältnisse in  
erster Linie die Kollegen haben müssen. Doch  
da fehlt es. Es gibt leider zu viel Kollegen, die  
unter dem wirtschaftlichen Druck schwer leiden,  
aber nicht den Mut finden, sich freizumachen.

Ihnen fehlt das Mutmaß, welches ihnen erit  
die gewerkschaftliche Organisation verleiht. Dies  
und ähnliches ist schon so oft von dieser Stelle  
aus gepredigt worden, daß es eigentlich über-  
flüssig wäre, immer wieder und wieder auf die  
Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organi-  
sation hinzuweisen. Wir wollen uns auch für  
heute mit vorstehendem begnügen und unseren  
Kollegen allerorts dringend empfehlen, recht  
bald an die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen  
Lage heranzutreten. In erster Linie ist es not-  
wendig, daß an jedem Orte, wo Sattler be-  
schäftigt werden, diese zu einer Besprechung zu-  
sammenkommen. Nachdem dies geschehen, wird  
der nächstliegende Ortsverband zum Resultat  
mitgeteilt, und wird sie erucht, zu der nächsten  
Beranstaltung einen Vertreter zu entsenden. Hier  
muß nun festgestellt werden, wieviel Betriebe  
mit wieviel Kollegen am Orte sind, wie die Lohn-  
und Arbeitsbedingungen ausfallen und wie sie  
im Vergleich zu anderen Orten liegen.

Neben der Besprechung beruflicher Verhält-  
nisse an Orte oder einer Werkstatt und Erle-  
digung rein organisatorischer Angelegenheiten  
sind die Konjunkturverhältnisse, Handel und  
Wandel auf dem Weltmarkte, Vorgänge auf so-  
zialem und politischem Gebiete, allgemeine Ar-  
beiterbewegung usw., genügend zu berücksich-  
tigen. Als Hilfsmittel kommen Broschüren,  
Arbeiter- und Verbandszeitungen in Frage, aus

denen vorgelesen oder auszugsweise referiert  
werden kann. Viel besser als irgendein „Pa-  
radepferd“ kann diese Arbeit von einem am  
Orte ansässigen, mit den Verfassungskollegen in  
engster Fühlung stehenden Kollegen erledigt  
werden. Auch unsere auf der „Reise“ befindlichen  
Kollegen sollten in ihrem Mangel oder Ausfall  
immer etwas Agitationsmaterial mitführen.  
Sie kommen in die kleinsten Orte und eignen  
sich sehr gut als Apostel unseres Evangeliums.  
Durch das Zusammenwirken aller dieser Hilfs-  
mittel, durch Belehrung und Erziehung werden  
die Kollegen für die gewerkschaftlichen Kämpfe  
geschult und diszipliniert. Sehr bald werden  
die neugewonnenen Mitglieder herausfinden,  
daß mit bloßem „Neben“ oder „Nur-Beitrag-  
zahlen“ nichts erreicht werden kann. Sie  
werden ernstlich bemüht sein, zu erfolgver-  
sprechenden Zeiten Verbesserungen anzustreben.  
Wird nach solcher selbstverständlichen Vorarbeit,  
der Gauleiter von dem Willen der Kollegenschaft  
unterrichtet, dann wird er gern aus dem Schatze  
seiner Erfahrungen den Kollegen mit Rat und  
Tat zur Seite stehen.

Ein derartiger organischer Aufbau, heraus-  
gewachsen aus dem eigenen Kollegenreise, wirkt  
besser und garantiert dauerndere Erfolge, als ein  
einmaliges Versammlungsreferat auch des  
besten auswärtigen Redners.

Die Zeiten sind ein für allemal vorbei, wo  
man den sogenannten „Paradepferden“ eine  
Zauberworte zutraute, durch welche sie Massen  
begeistern und die Begeisterung dauernd er-  
halten können. Heute sind auch unsere Kollegen  
Realpolitiker geworden. Sie wollen nicht nur  
hören, sie wollen auch etwas sehen. Sie wollen  
vor allen Dingen die von den Agitatoren ge-  
gebenen Versprechungen eingelöst wissen. Nun  
können die Agitatoren wohl den Weg und das  
Ziel zeigen, aber marschieren und darum kämpfen  
müssen die Kollegen selbst. Wenn sie dann durch  
treue Mitlieblichkeit sich Rechte im Verband er-  
worben haben, so wird ihnen der Kampf um  
bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen beden-  
kend leichter fallen und sie werden ihn besser  
durchfechten können. An den Kollegen selbst  
wird es also liegen, den ihnen gewiesenen Weg  
zu wandeln. Der Verband der Sattler und  
Portefeuille besitzt Mittel und Kräfte, der Kol-  
legenschaft bei wirtschaftlichen Kämpfen mit  
Rat und Tat zur Seite zu stehen.

Darum Sattlergesellen aller-  
orts, nicht gezaudert! Werdet  
Mitglieder des Sattler- und  
Portefeuille-Verbandes.

**Nübet die Zeit!**

Betätigt Euch, wie es Arbeiter  
geziemt! Nicht ducken und die  
Faust ballen, sondern kämpfet  
mutig um bessere Lohn- und Ar-  
beitsbedingungen!

**Durch Kampf zum Sieg!**

### Der achte Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands.

III.

Nachgehend bringen wir die letzten Nummern der Gewerkschaftszeitung in Dresden zur Annahme gelangten Resolutionen zum Abdruck:

#### Verhandlungen mit dem Zentralverband deutscher Konsumvereine.

##### Resolution betreffend die Behandlung der Heimarbeit.

Haushaltindustrie und Heimarbeit erweisen sich sowohl in ihrer alten, wie in ihrer neuen Form als eine überaus rückständige Betriebsweise. Ihre Kennzeichen sind: lange Arbeitsdauer, niedrige Löhne, Ausbeutung der Kinder und ungenügende Arbeits- und Wohnräume, wodurch die Arbeiterklasse wirtschaftlich und gesundheitlich schwer geschädigt wird. Die ungesunden Arbeitsstätten und der schlechte Gesundheitszustand der Heimarbeiter machen die Heimarbeit zu einem furchtbaren Verd aller Infektionskrankheiten, wodurch eine hohe Gefahr für alle Konsumenten von Heimarbeitserzeugnissen, sowie für die gesamte Bevölkerung entsteht. Im Interesse aller Beteiligten erscheint es daher geboten, der Heimarbeit möglichst den Boden zu entziehen und ihren Hebergang zu geregelter Betriebsarbeit in gesunden Arbeitsstätten zu fördern. Soweit der gewerkschaftliche Zusammenschluß der Heimarbeiter und Hausindustriellen diesen Erfolg verspricht, ist er zu unterstützen.

Soweit die Verteilung der Nahrungs- und Genussmittel durch die Hausindustrie in Frage kommt, sind generell die hausindustriellen Produkte von der Verbrauchsbedingung der organisierten Konsumenten auszuschließen. Im übrigen ist über geeignete Maßnahmen zur Abhilfe von Mißständen und zur Reform der Heimarbeit von Fall zu Fall zu beschließen.

Heber Einleitung geeigneter Maßnahmen hat das Sekretariat des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands zu beraten. Es soll durch diese beiden Körperschaften für ständige Aufklärung in Arbeiter- und Genossenschaftskreisen über die Schäden der Heimarbeit gesorgt, es sollen die Verwaltungen der Konsumvereine vor nachteiligen Bezugsquellen gewarnt und in der Erzielung geeigneter Bezugsquellen unterstützt werden.

##### Resolution betreffend die Behandlung der Strafanstalts-erzeugnisse.

1. Es kann nicht bestritten werden, daß die Strafanstaltsarbeiten in ihrer heutigen Organisation, anstatt die Straftatigen in Lehrwerkstätten mit moderner Technik und fortgeschrittenen Arbeitsmethoden zu beschäftigen, fast nur auf die körperliche und geistige Ausnutzung der Arbeitskräfte bedacht ist. Die Arbeitskraft der Gefangenen wird meistens zu einem niedrigen Preis an Privatunternehmer verkauft, welche mit Hilfe dieser billigen Arbeitskraft minderwertige und billige Produkte herstellen, durch deren Vertrieb die reelle Wertverteilung, die Konsumenten und die freien Arbeiter gleichermaßen geschädigt werden. Daher erscheint die Ausschaltung solcher Strafanstalts-erzeugnisse vom freien Wettbewerb und der Hebergang der Produktion in Strafanstalten zur Verstellung des Bedarfs öffentlicher Anstalten und kommunaler oder staatlicher Verwaltungen in eigener Regie sowohl im Interesse der freien Arbeiter als auch des organisierten Konsums dringend geboten.

Es wird deshalb den Gewerkschaften und Konsumvereinen dringend empfohlen, nach besten Kräften gemeinsam auf den Ausschluß von Strafanstalts-erzeugnissen hinzuwirken.

2. Die Vorstände der Konsumvereine werden ersucht, bei ihren Wareneinkäufen und Bestellungen keine Artikel zu kaufen, die ganz oder teilweise in Strafanstalten angefertigt sind, und Firmen, die in solchen Anstalten herstellen lassen oder Strafanstalts-erzeugnisse in Vertrieb bringen, bei Einkäufen oder Bestellungen nicht mehr zu berücksichtigen.

Die Gewerkschaften verpflichten sich, die Konsumvereine in diesem Vertriebe durch Kamphatmachung solcher Firmen zu unterstützen.

3. Von der Gewerkschafts- und Genossenschafts-presse wird erwartet, daß sie die Mitgliederkreise und das Publikum über die Schäden des freien Wettbewerbes der Strafanstaltsarbeiten aufklärt.

Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft und die Mitglieder der Konsumvereine werden in ihrem eigenen Interesse dringend ersucht, bei allen Einkäufen, wo es auch sei, Strafanstalts-erzeugnisse nicht zuzulassen.

##### Resolution betreffend Anerkennung der Gewerkschaften, deren Tarife und gewerkschaftsüblichen Arbeitsbedingungen bei Lieferungs-aufträgen und Vergütung von Arbeiten.

Der Vorstand des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine verpflichtet sich, den Konsumvereinen zu empfehlen, daß bei Lieferungs-aufträgen sowie bei Vergütung von Arbeiten der Vereine solche Firmen Berücksichtigung finden, welche die Gewerkschaften

und die von diesen mit den Arbeitgebern abgeschlossenen Tarife und Vereinbarungen anerkennen.

Soweit schriftliche Wertverträge über die Vergütung von Arbeiten und Lieferungen in Frage kommen, wird den Genossenschaften empfohlen, in diese Verträge eine Klausel aufzunehmen, wonach der Unternehmer verpflichtet ist, die Gewerkschaften und die zwischen diesen und den Arbeitgebern abgeschlossenen Tarife und Vereinbarungen anzuerkennen.

##### Resolution betreffend die gewerkschaftlichen Pflichten der Gewerkschaftsamtmitglieder.

Der Gewerkschaftskongreß zu Dresden verweist die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen erneut auf den Beschluß des Kölner Gewerkschaftskongresses (1905), die Genossenschaftsbewegung in Deutschland durch ihren Beitritt zu den Konsumvereinen, sowie durch Propagierung der genossenschaftlichen Idee aufs tatkräftigste zu unterstützen.

Der Kongreß erachtet die Gewerkschaften für verpflichtet, durch genossenschaftlich-aufklärende Vorträge in den Zeitungen und durch geeignete Artikel und Hinweise in ihrer Fachpresse, sowie durch Druckanschläge in ihren Bureaus und Sitzungsräumen die Werbetätigkeit der Konsumvereine nachhaltig zu unterstützen.

Auf Antrag der Konsumvereine ihres Bezirks sind die örtlichen Gewerkschaftsstellvertreter verpflichtet, aus Gewerkschaftern und von den Konsumvereinen bestimmten Genossenschaftlern zu gleichen Teilen bestehende Kommissionen einzusetzen, die geeignete Maßnahmen zur Förderung der genossenschaftlichen Propaganda in die Wege zu setzen haben. Die Gewerkschaftsstellvertreter können außerdem für Vorträge und Druckanschläge sorgen, Spezialüberlegungen über das genossenschaftliche Organisationsverhältnis der Gewerkschaftsamtmitglieder und über die Gründe des Kernbleibens der letzteren von Genossenschaften pflegen und für geeignete Publikation am Orte wirken.

##### Resolution betreffend Verhängung von Bußgeldern.

Ein gewerkschaftlicher Vorkost darf nur dann über die Lieferanten der Konsumvereine verhängt werden, wenn erstens von dem Vorstände der beteiligten Gewerkschaft die Zustimmung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands zur Verhängung des Bußgeldes eingeholt worden ist, und zweitens die von der Generalkommission anzunehmende Vermittelung des Generalsekretärs des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine zur Vermeidung der Differenzen keinen Erfolg gehabt hat.

Heber die Aufhebung eines Vorkostes in von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands der Generalsekretär des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine sofort in Kenntnis zu setzen, damit er den Genossenschaften eine entsprechende Mitteilung zugehen lassen kann.

Vereinbarung einer Stellungnahme zu der Neugründung von industriellen Arbeitsgenossenschaften oder sogenannten Produktivgenossenschaften.

Es wird anerkannt, daß nach dem Grundgedanken der Produktion für den organisierten Konsum die über den örtlichen Rahmen hinausgehende Eigenproduktion für die Konsumvereine eine Aufgabe der Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine und, soweit bedruckte und unbedruckte Papierwaren und Papier in Frage kommen, der Verlagsanstalt deutscher Konsumvereine ist. Die Errichtung besonderer Produktivgenossenschaften kann daher nur gutgeheißen werden, wenn es sich handelt:

1. um Vereinigung von Genossenschaften eines Bezirks zur gemeinsamen Produktion, bezogen auf Umwandlung einer Arbeitsgenossenschaft in eine Produktivgenossenschaft, deren Mitglieder die Genossenschaften sind;
2. um industrielle Arbeitsgenossenschaften (sogenannter Arbeiterproduktivgenossenschaften) durch eine Gruppe von gewerkschaftlich organisierten Arbeitern, wie solches häufig nach erfolglosen Streiks vorkommt;

und wenn diese Errichtung im Einverständnis mit dem Vorstand des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine und der Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine sowie der zuständigen Gewerkschaftsleitung erfolgt.

Arbeiterproduktivgenossenschaften, die ohne dieses Einverständnis gegründet wurden, sind lediglich als Privatunternehmungen zu erachten und können keinen Anspruch auf geschäftliche Verbindung mit den Konsumvereinen des Zentralverbandes erheben.

Die Generalkommission und die zuständigen Gewerkschaftsvorstände verpflichten sich, ihre Mitglieder darüber aufzuklären, daß die Errichtung von industriellen Arbeitsgenossenschaften eine große wirtschaftliche Gefahr für die beteiligten Arbeiter bringen kann und nur dann einige Ausnahmen auf Erfolg gewährt, wenn alle hierfür notwendigen Voraussetzungen erfüllt sind, das heißt, wenn einerseits für

eine sachgemäße Leitung und ausreichendes Betriebskapital gesorgt und andererseits der Anschluß an den organisierten Konsum gesichert ist. Sind diese Voraussetzungen erfüllt, so ist von der Errichtung neuer industrieller Arbeitsgenossenschaften dringend abzuraten.

Die Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine und die Genossenschaften dagegen verpflichten sich, ebenfalls nur dann, wenn die oben erwähnten Voraussetzungen erfüllt sind, mit neuerrichteten industriellen Arbeitsgenossenschaften in Geschäftsverkehre zu treten. Ebenso verpflichten sich die Vorstände der Revisionsverbände, nur unter diesen Voraussetzungen neuerrichtete industrielle Arbeitsgenossenschaften als Mitglieder in ihren Verband aufzunehmen.

##### Resolution Robert Schmidt, betreffend Arbeiterkassensicherung.

Die Arbeiterkassensicherung hat in allen von der kapitalistischen Produktionsweise bedrückten Staaten mit einem großen Widerstand großer Interessengruppen der organisierten und faktisch organisierten Unternehmer zu rechnen. Das organisierte Unternehmertum ist stets bemüht gewesen, den Einfluß der Arbeiterschaft auf die Gesetzgebung auszuschalten, und die Schärfermacher in diesem Streit haben wiederholt die Unterdrückung der Arbeiterbewegung durch Ausnahme-gesetze und drakonische Polizeimaßnahmen gefordert.

Wenn der Sozialpolitik trotzdem nicht gänzlich Einhalt geboten werden konnte, so ist dies dem regen Eifer zu verdanken, mit dem die Arbeiterbewegung die Schäden der kapitalistischen Produktionsweise darlegte und im Hinweise auf ein schwereres Auflegematerial den Schutz für Leben und Gesundheit der Arbeiter forderte.

Die Gewerkschaftsbewegung ist davon, den Kampf gegen diese politisch und wirtschaftlich reaktionären Tendenzen zu führen, sie wird diesen unheilvollen Einfluß um so mehr zurückdrängen können, je mehr die Arbeiterschaft in der Organisation zum Ausdruck bringt, daß sie die ihr drohenden Gefahren erkannt hat und gewillt ist, die politische und wirtschaftliche Gleichberechtigung zu erringen.

Der Gewerkschaftskongreß kann in der soeben im Reichstag verabschiedeten Reichsversicherungsordnung keine den Anforderungen der Arbeiter entsprechende Reform der Arbeiterversicherung erkennen.

Der Kongreß verurteilt auf das entschiedenste die Vereinfachung der Rechte der Arbeiter in der Krankenversicherung, das Weiterbestehen der Betriebs-, Junungs- und Sonderkassen, die ungenügende Fürsorge für die Landarbeiter, die Vernachlässigung der Ausländer, die vollständige Ausschaltung der Selbstverwaltung in den Landkrankenkassen, das Fehlen einer Mutterkassensversicherung, die Begrenzung der Versicherungspflicht für Privatangestellte, die ungenügende Entschädigung bei Betriebsunfällen, das Ausbleiben zahlreicher Arbeiter aus der Unfallversicherung, die Verschlechterung des Verfahrens, die niedrigen Invaliden- und Altersrenten, die Verneuerung der Altersrenten bei Vollendung des 65. Lebensjahres, den Ausschuß der Heimarbeiter aus der Invalidenversicherung und das Herabdrücken der Witwen- und Waisentrenten auf gänzlich unzulängliche Beträge.

Der dem Reichstag unterbreitete Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Versicherung der Privatangestellten bringt abermals eine Zersplitterung in der Arbeiterversicherung, die nicht zum Vorteil der Versicherten dienen kann. Die Begünstigung der Werkskassen ist ein großer Mangel des Gesetzes, nicht minder die unbedeutenden Leistungen, verbunden mit sehr langen Karenzzeiten.

Der Kongreß bedauert, daß die sozialpolitischen Gesetze, die dem Reichstag vorlagen, nicht mehr zur Verabschiedung gelangten. Die Regelung der Heimarbeit entspricht einem unabwiesbaren Bedürfnis, eine umfassende Milderung der Gewerbeordnung erscheint geradezu unaufschiebbar und eine Erledigung des Arbeitsamtergesetzes in einer den Ansprüchen der Arbeiter gerecht werdende Fassung dringend geboten.

Der Kongreß erachtet den Einwand aus Konkurrenzgründen, die Industrie werde bei weiteren Ansprüchen auf dem Gebiete der Sozialpolitik ihre Konkurrenzfähigkeit einbüßen, als unbegründet.

Die finanzielle Belastung durch die Arbeiterversicherung ist auf den Preis des Produktes berechnet, gering und wird weit überholt durch die höheren Löhne in den Staaten, die als hauptsächlichste Konkurrenten für die deutsche Industrie in Betracht kommen; abgesehen davon, daß die Arbeiterversicherung im Ausland immer mehr Eingang gefunden hat und damit der ausländischen Industrie ähnliche Verpflichtungen auferlegt werden.



1000 bei allen Versicherungsträgern 174,80 Mk. Hier- nach kann man leicht berechnen, wie die höchsten Renten der Hinterbliebenen eventuell ausfallen. Waisen- renten allein dürften zusammen nicht mehr betragen als die Invalidenrente. Ergeben die Renten einen höheren Betrag, so werden sie im Verhältnis ihrer Höhe gekürzt. Entset haben nur insoweit einen An- spruch, als nicht der zulässige Höchstbetrag den Min- dern zuliegt.

Das Streitverfahren kann in Zukunft außer von den Versicherten auch von den Witwen beantragt werden. Die Ausgaben für das Streitverfahren sollen jedoch eingeschränkt werden.

Nach dem Einführungsgezet zur Reichsversiche- rungsordnung treten die Vorschriften des vierten Buches und die zu ihrer Durchführung erforderlichen anderen Vorschriften der Reichsversicherungsordnung mit dem 1. Januar 1912 in Kraft. Bis zum 31. De- zember 1930 werden auf die Wartzeit für den An- spruch auf Hinterbliebenenbezüge auch die nach dem Invalidenversicherungsgesetz entrichteten Beiträge an- gerechnet. Nach diesem Zeitpunkt kommen auf die Wartzeit (200 bis 500 Beitragswochen) nur die für die Zeit nach dem 1. Januar 1912 entrichteten Bei- träge in Anrechnung. Die Renten setzen sich nach dem jetzigen Gesetz zusammen aus einem Reichs- zuschlag, Grundbetrag und Steigerungssatz. Für die Bemessung der Hinterbliebenenbezüge wird zur Be- rechnung des Grundbetrages der Invalidenrente die für die Zeit nach dem 1. Januar 1912 an 500 Bei- tragswochen fehlende Zahl aus den höchsten, nach dem Invalidenversicherungsgesetz entrichteten Beiträgen ergänzt. Reicht die Zahl dieser Beiträge hierzu nicht aus, so gilt für die fehlenden die Lohnklasse I. Da- mit die Bezüge immer noch magerer ausfallen, sind für die Steigerungssätze nur die Beiträge anzu- rechnen, die für die Zeit nach dem 1. Januar 1912 geleistet worden sind. Keinen Anspruch auf Rüt- sorge haben die Hinterbliebenen solcher Versicherten, welche am 1. Januar 1912 bereits verstorben waren. Das gleiche gilt für die Hinterbliebenen solcher Versicherten, welche an dem genannten Tage bereits dauernd erwerbsunfähig sind, ohne inzwischen die Erwerbsfähigkeit wieder erlangt zu haben.

Die Versicherungsanstalten haben einen Vor- stand und Aufsicht. Für beide kommen Vertreter der Unternehmer und Versicherten in Betracht. Die Vertreter zum Vorstand werden von den Aufsicht- mitgliedern, diese jedoch von den Mitgliedern beim Versicherungsamt gewählt. Also überall ein kompliz- iertes, indirektes Wahlverfahren.

**Das fünfte Buch behandelt**

**Die Beziehungen der Versicherungsträger zueinander und zu anderen Verpflichteten.**

Hier haben die Bestimmungen über die Unter- stützung der Unfallverletzten nach Ablauf der 13. Woche durch die Krankenkassen (falls die Berufs- genossenschaft bis dahin nicht eingetreten ist) ihre Regelung gefunden, ebenso, falls die Gemeinden oder Armenverbände Unterstützung für Personen ge- leistet haben, denen Ansprüche an Krankenkassen, die Unfall- oder Invalidenversicherung noch zuste- hen, sind neu geregelt worden, natürlich alles so, daß ja niemand etwa einmal doppelte Unterstützung er- wischen könnte.

Zum Schluß regelt das sechste Buch dann noch das

**Strafverfahren.**

Zu begrüßen ist, daß in Zukunft alle Streitig- keiten auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung durch einheitliche Anordnungen ihre Regelung finden. Es kommt da in Betracht das Versicherungsamt, das Oberberufungsamt, das Reichs- resp. Landes- versicherungsamt. In Sachen der Kranken-, Inva- liden- und Hinterbliebenenversicherung ist in letzter Anstanz die Revision, in Sachen der Unfallversiche- rung jedoch der Rekurs zulässig. Beim Rekursver- fahren kann man noch mit neuem Beweismaterial auftreten, während das Revisionsverfahren sich nur auf Gesetzesverletzungen resp. Formfehler stützen kann. Zu beklagen ist nun aber recht lebhaft, daß die Revision wie auch der Rekurs ausgeschlossen ist, wenn es sich handelt bei der

**a) Krankenversicherung:**

- 1. um die Höhe des Kranken-, Haus- oder Sterbegeldes, 2. Unterstützungsfälle, in denen der Kranke nicht oder weniger als 8 Wochen arbeits- unfähig war, 3. Wochenhilfe, 4. Familienhilfe, 5. Ab- findung, 6. Kosten des Verfahrens.

**b) bei der Unfallversicherung:**

- 1. um Krankenbehandlung oder Hauspflege, 2. Renten für eine Erwerbsunfähigkeit, die zur Zeit der Entscheidung des Rekursgerichts unstrittig oder nach rechtskräftiger Feststellung vorübergegangen ist, 3. Rententeile, die bei dauernder Erwerbsunfähig- keit für begrenzte und bereits abgelaufene Zeit- räume zu gewöhnen sind, 4. Heilanstaltspflege, 5. An- gehörigenrente, 6. Sterbegeld, 7. vorläufige Renten, 8. Neueinstellung von Dauerrenten wegen Ände- rung der Verhältnisse, 9. Kapitalabfindung, 10. Kosten des Verfahrens.

**c) Invaliden- und Hinterbliebenen- versicherung:**

- 1. um Höhe, Beginn und Ende der Rente, 2. Kapitalabfindung, 3. Witwengeld, 4. Waisenaus- steuer, 5. Kosten des Verfahrens.

So sieht die „Vielgeprüfte Sozialreform“ aus, von der man seit Jahren so viel Aufhebens gemacht hat. Eine Fortlage wie die Reichsversicherungsord- nung, die neben ganz geringfügigen Verbesserungen so einschneidende Verschlechterungen enthält, hat die sozialdemokratische Partei somit mit Recht abgelehnt.

Die Reichsversicherungsordnung tritt, soweit es sich um Maßnahmen zu ihrer Durchführung handelt, sofort in Kraft. Die Teile, mit denen die übrigen, außer den bereits unter dem Kapitel Invalidenver- sicherung erwähnten Vorschriften in Kraft treten, werden durch Kaiserliche Verordnung mit Zuhil- nahme des Bundesrats festgesetzt.

**Militärattler-Elend.**

Die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Militärattler in Straßburg i. E. haben stets zu klagen Anlaß gegeben, aber seit dem Erlaß des Kriegsministeriums, wonach alle Nähte für die Maschine freigegeben sind, kann man von einem direkten Elend sprechen. Für die von der Maschine geleisteten Nähte erlauben sich die Fabrikanten von den ohnehin knapp be- messenen Arbeitslöhnen horrende Abzüge zu machen. Durch die Anwendung der Maschine wird aber die Arbeitslosigkeit, welche in dieser Branche schon einen enormen Höhepunkt erreicht hatte, noch vergrößert und die Widerstandskraft der Arbeiter geschwächt. Dies mühen die Fa- brikanten nun nach Möglichkeit aus. Herr Janzen nimmt überhaupt nur noch Arbeiten an, damit seine Leute etwas Beschäftigung hätten und weiß jede Lohnforderung mit diesem Argument zurück. Was für schamabliche Löhne dieser Herr den Arbeitern zu bieten wagt, be- weist die Tatsache, daß auf türkische Sanitäts- tischen zwei der tüchtigsten Arbeiter die Stunde 28 Pf., Heimarbeiter bei neunzigstündiger Ar- beitszeit ganze 22 Mk. die Woche verdienen. Auch Herr Vierenbreier verleiht die Si- tuation für sich gut anzusehen. Für Axtierung von Umgängen, welche für die kgl. Artillerie- Werkstoff Straßburg ausgeführt wurden, zahlte der Herr 10 Pf. pro Stück, so daß ein Stunden- verdient von 18 bis 20 Pf. erzielt wurde. Herr Estelmann zahlte für dieselbe Arbeit 90 Pf., aber auch dieser Preis war noch sehr bescheiden, da auch hier nur 40 Pf. pro Stunde verdient wurden. Hinzu kommt noch, daß bei letztgenannter Firma in bezug auf Zuschritt die widerlichsten Zustände herrschen und tages- weises Aussetzen die Regel bildet. Wenn nun schon die Fabrikanten die Kollage der Arbeiter ausnutzen, so müßten doch Staatsbedriebe davon Ab- stand nehmen. Aber weit gefehlt. Nicht nur die Arbeiter, sondern auch der den Militär- behörden zur besonderen Nachsicht empfohlene Mittelstand wird als Ausbeutungsobjekt heran- gezogen. Ein Sattlermeister namens Klein erhielt die Axtierung von Bruck- blättern zum Preise von 18 Pf. pro Stück. Die Artillerie-Werkstoff zahlte ihren Arbeitern 35 Pf. pro Stück. Wie vermag nun die Direktion die Tatsache vereinen, dem Kleinmeister den halben Arbeitslohn zu geben, ihn aber gleichzeitig zu verpflichten, seinen Arbeitern ortsübliche Löhne zu gewähren? Das kann sich wohl der geringste Schreiber der kgl. Artillerie-Werkstoff an den zehn Fingern abzählen, daß dies ein Unding ist. Durch solche Tatsachen wird die Bestimmung des Kriegsmi- nisteriums, in den Lieferungsverträgen: „Ortsübliche Löhne wie bei der gleichen Arbeitsart zu zahlen.“ zur Farce.

Den Straßburger Kollegen können wir je- doch nur zurufen: „Lacht ab von der Heimarbeit, die Euch an die Grenze der Existenzmöglichkeit gebracht hat, verlangt Aufnahme in der Werk- stoff! Ihr Frauen und Verzagten, organisiert Euch im Verband der Sattler und Portefeuller, dann wird auch unter den schlechtesten Verhältnissen den Fabrikanten und der Direk- tion der kgl. Artillerie-Werkstoff es nicht mehr möglich sein, in so trivialer Art und Weise Kapital aus Euren Knochen zu schlagen.“

**Streiks und Lohnbewegungen.**

**Braunschweig.** Nach fünfzigem Streit ist es bei der Firma E. A. Lauerberg, Automobilreifen- fabrik am 1. Juli zum Abschluß eines bis zum 1. Juli 1913 gültigen Tarifvertrages gekommen. Die bis- herige zehnstündige Arbeitszeit wurde auf 9 Stun- den pro Tag, an den Vorabenden hoher Feiertage auf 8 1/2 Stunden, ohne Lohnkürzung, herabgesetzt. Der Mindestlohn für gelernte Sattler beträgt 21 Mk. Die Woche, für Hilfsarbeiter 35 Pf. die Stunde, Heber- lünder werden mit 25 Proz. Nacht- und Sonntags- arbeit mit 50 Proz. Aufschlag bezahlt. Die Lohn- erhöhungen bringen den Lohn zwei Kollegen von 18 Mk. auf 21 Mk. die Woche. Ein Kollege erhält statt 20 Mk. 22 Mk., einer statt 21 Mk. 23 Mk., ein anderer statt 27 Mk. 29,70 Mk. die Woche. Ein Hilfsarbeiter bekommt 1,90 Mk., einer 3,90 Mk. und zwei je 1,90 Mk. Zulage pro Woche. — Auch bei der Firma Beutnagel wurden unsere Forde- rungen bewilligt. Somit ist hier in allen Ge- schäften die 54stündige, in einem die 53stündige Arbeitswoche eingeführt. Der Mindestlohn be- trägt 21 Mk. und steigt bis zu 30 Mk. 8 Kol- legen haben einen einwöchigen Sommerurlaub erreicht. Durch die Lohnbewegungen ist unsere Mit- gliederzahl von 10 auf 90 gestiegen, für welche die Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden verkürzt und der Lohn um durchschnittlich 10 Proz. erhöht worden ist. Diese nicht unweiblichen Vorteile konnten die Kollegen nur durch Einigkeit und ihr geschlossenes Vorgehen erzielen. Hoffen wir also, daß sie in Braunschweig das Erzeugnis festhalten und schon jetzt für die Zukunft weiterbauen.

**Die Tarifbewegung der Treibriemenattler der Firma W. Wid zu Kollod i. Mecklenburg** hat infolge des außerordentlich glücken Geschäftsganges nicht den erwünschten Erfolg gebracht, wenn es auch zu einem bis zum 30. März geltenden Tarifabschluß gekommen ist. Die Lohnverhöhung ist sehr minimal ausge- fallen, der geforderte Sommerurlaub mit der Be- gründung abgelehnt. Herr W. will sich in diesem Punkte nicht tariflich binden. Erreicht wurde die neuneneinhalbstündige Arbeitszeit pro Tag. An den Vorabenden hoher Feiertage wird nur sieben Stun- den, ohne Lohnabzug, gearbeitet. Sattler, die noch nie in einer Riemenfabrik gearbeitet haben, erhalten 19,50 Mk., die schon einhalb Jahr auf Treibriemen beschäftigt gewesen sind 21,50 Mk. Mindestlohn, Die allgemeine Zulage beträgt etwas mehr wie 2 Proz. Für Heberlünde wird ein Zuschlag von 7 1/2 Pf. für Nacht- und Sonntagsarbeit ein solcher von 15 Pf. pro Stunde bezahlt, bisher 10 Pf. Für Montage- arbeiten in Kollod gibt es 5 Pf., für außerhalb früher 5 Pf., jetzt 20 Pf. Zuschlag pro Stunde. Die Reisezeit wird als Arbeitszeit verurteilt, Bahnfahrt dritter Klasse vergütet. Werkzeug und Montage- anzüge stellt die Firma. Bei schlechtem Geschäfts- gange soll erst die Arbeitszeit verkürzt werden ehe Entlassungen vorgenommen werden. Dieser magerer Vergleich gibt uns die Hoffnung, daß wir bei besseren Geschäftsgänge mehr erzielen werden. Im allgemeinen dürfen wir auf die steigende Lohnkurve stolz sein. Seit dem sechsjährigen Bestehen unserer Verwaltungsstelle ist der Lohn von 14 bis 22 Mk., von 19,50 bis 28,50 Mk. gestiegen. Wenn auch sein Kollege bei diesen Bezügen übermütig wird, so wollen wir doch festhalten, daß die Lohnsteigerung und Arbeits- zeitverkürzung nur der Einigkeit der Kollegen und ihrem Zusammenhalt innerhalb unseres Verbandes zu danken ist. Deswegen können wir den noch ab- seitsstehenden Kollegen in Kollod und Mecklenburg nur baldigen Eintritt in der Verband der Sattler und Portefeuller dringend empfehlen.

**Meinungen.** Die Kollegen in der Treibriemen- fabrik der Firma J. J. Schleyer haben be- schlossen, eine Erhöhung der Stundenlöhne um 5 Pf. und per Meter Nacht 1 Pf. mehr zu fordern, ebenso das Reimen von 1,4 auf 1,5 Pf. per laufenden Meter Reimen, das Strecken und Fertigmachen von 1,3 auf 1,4 Pf. zu erhöhen. Für Heberlünde soll 25 Proz. für Sonntagsarbeit 50 Proz. Zuschlag ge- zahlt werden. Die Firma erklärte sich bereit, die Stundenlöhne um 3 Pf. zu erhöhen und auf den laufenden Meter Nacht 1/2 Pf. zu bewilligen, ebenso die anderen Forderungen bis auf die Erhöhung der Aktordräge. Es soll eine Bonus-Riemenabnah- me eingeführt werden. Doch nach den von uns eingezogenen Erkundigungen, brauchen wir keine Furcht vor dem „eisernen“ Kollegen zu haben.

In einer Werkstattdarstellung wurde von der Lohnkommission Bericht erstattet. Von den an- wesenden Kollegen wurde das Angebot der Firma angenommen, denn in einen offenen Kampf einzu- treten, war wegen der Geschäftslage nicht möglich. Die Nichtorganisierten stellten es zum Teil nicht für notwendig, in die letzte Werkstattdarstellung zu kommen, denn sie erhielten ja 8 Pf. Zulage die Stunde und später werden die Organisierten schon wieder weiter für sie sorgen. Warum sollen sie auch Beiträge zahlen? Dies kennzeichnet so recht den Charakter dieser Leute. Aus der Bewegung ist

zu erreichen, daß vielmehr hätte erreicht werden können, wenn sich die Kollegen schon längst der Organisation angeschlossen hätten.

**Kotsdam.** Die Lohnbewegung bei der Firma Voigt ist äußerst günstig und ohne Kampf verlaufen. Es wurden durch das einmütige Vorgehen der Kollegen Erhöhungen der Affordlöhne von 5 bis 25 Proz. erzielt.

**Kalle a. S.** Auf dem Verhandlungswege wurde hier am 1. Juli zwischen der Firma Ludw. Mathe u. Sohn, Luruswagen- u. Karosseriefabrik, und den freien Verbänden der Holzarbeiter, Maler und Lackierer, Metallarbeiter, Schmiede und Sattler und Portefeuller ein bis zum 30. Juni 1914 gültiger Tarifvertrag abgeschlossen. Danach beträgt die Arbeitszeit bis zum 1. April 1912 wöchentlich 56, von da ab 55 Stunden. An den Vorabenden haben Feiertage und Silvester wird mittags durchgearbeitet, dafür tritt bereits um 2 Uhr Arbeitsruhe ein. Für die Sattler wurden folgende Mindestlöhne festgesetzt: Für ungelernete Wagenstättler 43 Pf. pro Stunde, für im Automobil- und Wagenbau eingearbeitete Gehilfen 48 Pf. pro Stunde, für selbständige Gehilfen 52 Pf. pro Stunde. In der Hauptsache kommt für unsere Kollegen der in Details ausgearbeitete Affordlohntarif, der einen Bestandteil des Vertrages bildet, in Betracht. Ueberstunden werden mit 10 Pf., Nacht- und Sonntagarbeit mit 25 Pf. Zuschlag pro Stunde vergütet. Die von den freien Gewerkschaften eingerichteten Arbeitsnachweise werden bei Neueinstellungen von der Firma benutzt. Bei Arbeitsmangel wird erst die Arbeitszeit auf acht Stunden täglich verkürzt, bevor Entlassungen vorgenommen werden. Der 1. Mai ist als Feiertag freigegeben. Zweck Schlichtung von Differenzen, die den Betrieb betreffen, hat der Arbeiterausschuß ev. unter Hinzuziehung eines Gewerkschaftsbeamten mit der Firma zu verhandeln. Wird hier eine Einigung nicht erzielt, so haben die Parteien unverzüglich unter Ausschluß von Kampfregeln das Einigungsamt des Gewerbegerichts anzurufen.

**Erlangen.** Nach 11 Jahren gelang es endlich wieder einmal, mit den Unternehmern einen nicht ganz unangenehmen Tarif abzuschließen. Zu diesem Zwecke fanden bereits Samstag, den 24. Juni, Verhandlungen mit den Arbeiteraussschüssen und dem Vorsitzenden der hiesigen Zählstelle des Buchbinderverbandes statt. Leider war es nicht möglich, daß die beiden Gausleiter anwesend sein konnten, da die Herren Unternehmer erst mittags 12 Uhr den Ausschüssen mitteilten, daß um 5 Uhr in Verhandlungen eingetreten werden soll. Das Ergebnis ist: Die Arbeitszeit wurde auf 56 1/2 Stunden verkürzt, ab 1. Juli 1912 um eine weitere halbe Stunde. Die Löhne werden sofort zu 56 Stunden verrechnet. (Bisher zu 60 Stunden.) Gewehke und vom Geschäft angeordnete Feiertage werden bezahlt. Der bisher gewährte Urlaub bleibt bestehen. Der Minimallohn beträgt für Gehilfen nach beendeter Lehrzeit 14,50 Mk. Im ersten Halbjahr 50 Pf. mehr, und alle weiteren Halbjahre 1 Mk. mehr bis 21 Mk. Hilfsarbeiter erhalten im ersten Jahr 14 Mk., im zweiten 15 Mk. und im dritten Jahre 16 Mk. die Woche. Diejenigen, die preisverloschen oder zugeschnitten, erhalten 2 Mk. weniger als die Gehilfen. Arbeiterinnen erhalten 5,50 Mk. Anfangslohn und alle Halbjahre 60 Pf. mehr bis 11,40 Mk. die Woche. Jugendliche Hilfsarbeiter erhalten die Woche 60 Pf. mehr als Arbeiterinnen. Eine Lohnerhöhung für die älteren Arbeiter wurde abgelehnt, jedoch wurde das Zugeständnis gemacht, daß diese Löhne einer Revision unterzogen werden, unter Hinzuziehung der Arbeiteraussschüsse. Ebenso die Affordlöhne. Das geforderte Schiedsgericht, bestehend aus einem Unparteiischen, 3 Arbeitgebern und 3 Arbeitnehmern wurde akzeptiert. Ueberstunden werden wie bisher mit 25 Proz. Zuschlag bezahlt. Statt der Lieferanz der Zutat an Heimarbeiter wurden deren Affordlöhne erhöht. Der Lohnstarif tritt ab 1. Dezember in Kraft und hat Gültigkeit bis 1. Dezember 1916. Trotz allen Bemühungen war es unmöglich, einen anderen Ablaufstermin und eine Lohnerhöhung für die älteren Arbeiter herauszubringen. Die Unternehmer erklärten, daß sie weiteres unter keinen Umständen zugeben werden. Vor allem war doch die Hauptsache, daß ein Grundstein gelegt ist, auf dem wir weiter bauen können.

Zu diesem Resultat nahm auch eine Versammlung am Freitag, den 30. Juni, Stellung. In der Resolution, die zur Annahme gelangte, wurde bedauert, daß die Unternehmer nicht mehr Zugeständnisse machten, da man mehr Entgegenkommen erwartet hatte. Eine wichtige Forderung hielten die beiden Gausleiter, Weinländer und Böhrner, mit denjenigen, die sich bei der Firma Zucke u. Unorganisierte nennen. Diefelben wollten jedenfalls bei dieser Bewegung zeigen, daß sie diejenigen sind, die nur kommen dürfen, und sie würden alles erhalten. Aber weit gefehlt. Diese Herren (lauter ehemalige „Arbeitswilige“) hielten nämlich eine Versammlung für sich ab und stimmten einer Re-

solution zu, in der sie um 5 Proz. Lohnerhöhung voten. Die einmütige Deputation erklärte der Firma, daß sie diejenigen sind, die bei einem Streik nicht mitmachen, aber auch nicht mehr wie 1906 ins Geschäft gehen werden. Sie hatten aber mit ihrer Sonderkommission wenig Glück. Auch ihnen ist die prozentuale Lohnerhöhung statt abgelehnt worden. Die Herren Arbeitgeber konnten sich solchen Streikern erlauben, wählten sie doch genau, daß sie auf die Getreuen von 1906 sicher rechnen durften, wenn sie auch halt der Lohnerhöhungen etwas anderes, ihnen allerdings gebührendes, erhielten. Man will es der Zufall, daß zum größten Teil die Unorganisierten es sind, die bei dieser Bewegung leer ausgehen, weshalb es der Verhandlungskommission auch nicht einfiel, durch einen Streik für diese einzutreten. Hoffentlich haben alle Kollegen und Kolleginnen gelernt, daß es für Arbeiter nichts Realistischeres gibt, als sich zu organisieren und einmütig zu den Kollegen zu halten. Auch wäre es für die Erlanger Kollegen besser, sich mehr an unseren Veranlichungen zu beteiligen, als sich in bürgerlichen Vereinen heranzubilden. Sicher wäre ein anderes weit günstigeres Resultat erzielt worden, würden die in den Erlanger Galanteriewarenfabriken beschäftigten Kollegen und Kolleginnen schon seit längerer Zeit die Pflichten denkender Arbeiter erfüllen.

**Berichtigung.** Der Bericht in Nr. 26, über die entscheidende Versammlung im Offenbacher Judenzweigebiet, läßt mich zum Bedauern des fünfjährigen Tarifabschlusses werden, während ich ein Gegener desselben bin.

Aus Gewichtigkeitsgründen erkannte ich die Arbeiten der Kommissionen, auch verschiedene Positionen als Errungenschaft und annehmbar an, was jedenfalls der Versammlung Veranlassung gab, mich am Weiterreden zu hindern. Dadurch konnte ich nicht entschieden zum Ausdruck bringen, daß die geringen Zugeständnisse unserer Forderungen sich mit einem fünfjährigen Tarifabschluß nicht decken. Doch an meiner Erwiderung des Kollegen Wurm, auf die Lohnbewegung von 1906, mußte wohl zu erkennen sein, daß ich kein Anhänger langer, wenn unsere Forderungen nicht besser berücksichtigender Tarifabschlüsse bin.

**L. Vechleitner, Offenbach a. M.**  
**Kanis Gith, Amerika.** The Belle Saddlery Co. hat den kürzeren Arbeitstag angefordert des Fabrikantenkreises, daß es unmöglich wäre, erfolgreich die Fabriken in der Sattlerindustrie auf der Basis des Achtstundentages wirken zu lassen, eingeführt. Diese Gesellschaft hat nun die anderen überboten und läßt nur 44 Stunden bei herabgesetzter Arbeitsleistung arbeiten. Aber Wahrscheinlichkeit noch wird dieser Zustand nur bis zum Eintritt des neuen Geschäftsjahres anhalten.

Im allgemein n sind die Verhältnisse in diesem Betriebe nicht besonders gut. Die Firma bezahlt den Arbeitern nur wirklich geleistete Arbeit, trotzdem sie allem Anschein nach Stundenlohn haben. Dergleichen fanden hier Ueberstunden an der Tagesordnung. Die Arbeiter sind hier nur zum geringen Teil organisiert.

**Chicago.** Die Situation unserer dortigen Kollegen ist noch unverändert. Zwar versucht die Fabrikantenvereinigung die Sache so darzustellen, als wenn der Streik bei den Firmen Ortman, Minchall and Sons und L. Nipper and Sons schon beendet wäre. Dies wird dadurch widerlegt, daß die genannten Firmen sich nach Ersatzkräften umsehen; des weiteren durch die noch verhängte Sperre unserer dortigen Kollegen über diese Firmen.

**Aus unserem Beruf.**

**Nachen.** In dem Bericht über unsere Elberfelder Gauskonferenz wurde auch gesagt, daß in Nachen unbedingte Agitationsarbeit geleistet werden muß.

Einen christlichen Streiber, schien dies heftig auf die Nerven gefallen zu sein, denn er rief seinen Nacheren Kollegen in der „Vederaab-Stg.“, uns einen bösen Streich durch die Rechnung zu machen.

Nun, es ist dies nicht gelungen. Wir haben in Nachen Fuß gefaßt und können über erfreuliche Fortschritte berichten.

Es ist aber auch die höchste Zeit, daß hier die Organisation eingreift. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen spotten jeder Beschreibung. Von christlicher Nächstenliebe ist auch rein gar nichts zu merken. Wenn man die Lohnangaben hört, so meint man, die Krauter wollen unsere Kollegen zum Stehlen anhalten, so niedrig sind die Löhne. In der Geschäftsbücherei werden besonders niedrige Löhne bezahlt. 4 Mk. pro Woche bei Kost und Logis ist keine Seltenheit. Sogar in Monatsgehältern werden Kollegen beschäftigt und bezahlt wie ein besseres Dienstmädchen. 30 Mk. pro Monat bei Kost und Logis erhalten die Glücklichen. Ein Krauter gewährt nur Logis, beständigen müssen sich die Kollegen selbst. Sie erhalten dafür den horrenden Lohn von 10,50 Mk. bis 12,50 Mk. Außer Kost und Logis schwankt der Lohn zwischen 12 und 21 Mark.

Die Arbeitszeit ist unbegrenzt. Von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends wird in der Geschäftsbücherei noch ausnahmslos gearbeitet. Es kommt jedoch so genau nicht darauf an. In Kost und Logis richtet sich der Arbeiter gewöhnlich nach dem Stocklopf der Weilerin. Bis kurz vor 9 Uhr haben wir die Kollegen noch bei der Arbeit betroffen. Auch auf die Kollegen, die außer Kost und Logis sind, haben wir noch lange nach 8 Uhr abends warten müssen.

In der Treibriemenbranche ist wohl die reguläre Arbeitszeit etwas länger, desto öfter kommt es jedoch vor, daß Ueberstunden gemacht werden müssen. Eine besondere Vergütung hierfür gibt es in den meisten Fällen nicht.

Auch der Lohn in der Treibriemenbranche läßt sehr viel zu wünschen übrig. Was in anderen Orten als Mindestlohn gilt, gilt hier als Höchstlohn. Teilweise werden noch nicht einmal diese Mindestlöhne als Höchstlöhne erreicht.

Genau oder ähnlich so liegt es in den anderen Branchen. Wir finden überall noch Stellen, wo die Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht so sind, wie sie sein sollten, aber so schlecht, wie in Nachen, finden wir es selten. Es ist hierbei noch in Betracht zu ziehen, daß Nachen Großstadt und zugleich Marktort ist und die Preise für den Lebensunterhalt hier ziemlich hoch sind.

Wir sehen, wie notwendig es hier ist, daß die Organisation eingreift, damit Verbesserungen geschaffen werden. Man versucht teilweise die Schuld auf die aus Belgien oder Holland herüberkommenden Kollegen abzuwälzen. Die Kollegen, die im Ausland wohnen und in Nachen arbeiten, bieten sich zu niedrigen Löhnen an, wird uns erklärt. Es mag dies mitunter zutreffen. Die ausländischen Kollegen haben nicht unter der Zollpolitik eines blau-schwarzen Blockes zu leiden und können deshalb billiger leben als unsere Kollegen in Nachen.

Ein kleines Beispiel, abgesehen von den Lebensmittelpreisen, die „drüben“ um ein Bedeutendes niedriger sind, möge dies illustrieren. Eine Schachtel Streichhölzer, deutsches Fabrikat, kostet in Nachen 3 Pf.; gehen wir hinüber nach dem nahen Waals (Holland), so kaufen wir dort dasselbe Fabrikat und Quantum für 1 Pf. Ähnlich so ist es mit vielen anderen Artikeln.

Wir glauben, wenn unsere ausländischen Kollegen nicht als Lohnrüder betrachtet werden, sondern wenn man sie auffaßt als die Verhältnisse, wenn man ihnen sagt, daß sie genau so unter demselben Ausbeutungssystem zu leiden haben, wie die deutschen Kollegen, und wenn man ihnen besonders unsere bedeutenden gewerkschaftlichen Erfolge vor Augen führt, daß sie dann ebenfalls zu Mitstreikern für unsere gute Sache gewonnen werden können.

Kollegen von Nachen! In der letzten Versammlung sind Euch die Vorteile, die Ihr durch den Verband der Sattler und Portefeuller habt, und die Erfolge, die wir bereits jetzt errungen haben, vor Augen geführt worden.

Alle Kollegen waren sich einig, daß auch in Nachen Aemder geschaffen werden muß. Man war sich aber auch bewußt, daß noch ein großes Feld mit feinem Boden zu beackern ist.

Deshalb, Kollegen, Sorge jeder für den Ausbau und die Stärkung unserer Organisation. Wenn jeder Kollege versucht, nur ein neues Mitglied zu gewinnen, dann wird auch die Zeit nicht mehr fern sein, wo für unseren Nacheren Kollegen eine bessere Stunde schlägt.

Kollegen! Ihr habt gesehen und an Beispielen ist es Euch erläutert worden, daß es nur eine Berufsorganisation gibt, die die Interessen unserer Berufsleute wahrhaft und mit Nachdruck vertreten kann. Dies ist der Verband der Sattler und Portefeuller.

Deshalb, hinein in den Verband der Sattler und Portefeuller.

**Bielefeld.** War das Verhältnis zwischen Arbeitern und Fabrikleitung bei der Firma Wittkop bisher ein ziemlich gutes gewesen, so sollte es mit der Einrichtung der Tornisier- und Gamaschenabteilung anders werden. Genannte Artikel wurden bisher in der Fahrradattel-Abteilung hergestellt. Im September vorigen Jahres erschien ein frischgebakener Meister, unter dessen Leitung eine neue Abteilung eingerichtet wurde. Hierbei konnte man bemerken, daß die Organisation der Firma sehr unbequem war. Außer einigen Kollegen, die Tornisierherstellen, kam keiner von den älteren Arbeitern in die neue Abteilung. Es wurden neue Arbeitskräfte eingestellt. Hierbei forschte man nach der Verbandszugehörigkeit usw., kurzum das Bestreben der Firma lief darauf hinaus, hier eine organisationsfreie Abteilung zu schaffen. Dank unserer Bemühungen ist es der Firma nicht in der gewünschten Weise gelungen. Am Tage vor Weihnachten, dem Feste der Liebe, drückte man 3 Kollegen der Tornisierabteilung die Entlassungspapiere in die Hand. Es handelte sich hier um Arbeiter, die drei bis vier Jahre im Betriebe waren. Als deswegen der Arbeiteraussschuß vorstellig wurde, erklärte die Firma,

ie habe nicht genügend Aufträge, auf Lager lasse sie einige Wochen nicht arbeiten, da eine große Veränderung in der Produktion notwendig ist. Man wolle die Maschinen einstellen usw. Die Arbeiter wußten denn natürlich auch eine Veränderung zu erwarten. Nach Ausrüstung dieser technischen Verbesserungen solle dann der Betrieb im alten Umfang wieder aufgenommen werden. Die Firma versprach, die Kollegen, bevor andere eingestellt würden, nach Maßgabe der Aufträge wieder einzustellen. Hiermit gaben sich die Arbeiter zufrieden. Wer nun geglaubt hat, die Firma hielt Wort, der sollte enttäuscht werden. Wäre nun Woche vergangen, aber eine große technische Verbesserung wurde nicht vorgenommen, wohl aber eine Reduzierung der Arbeitspreise. Deswegen mußten auch die betreffenden Kollegen entlassen werden, um dieselbe bequemer vornehmen zu können. Als die Kollegen nach einigen Wochen Wartens um ihre Wiedereinstellung nachdachten, wurde ihnen der Bescheid, daß noch nicht genügend Arbeit da wäre. Die Kollegen waren nun des Wartens müde und bemühten sich um andere Arbeit. Somit die Firma dieses merkte, wurden Neueinstellungen vorgenommen, hierbei aber, wie schon erwähnt, nach der Verhandlungsgeschichte gefordert. Man war die Arbeit auf einmal da, aber eine technische Veränderung, in bezug auf die Arbeitsweise, hat bis heute noch nicht stattgefunden. Nun wurde auch den älteren Sattlern, die in der Zeitabteilung Gammaschen und dergl. hielten, diese Arbeit entzogen, um diese in der neuen Abteilung herstellen zu lassen. Hierbei wurde eine Preisregulierung nach unten vorgenommen. Die betreffenden Sattler bekamen dann andere, schlechtere Arbeit in der Zeitabteilung, um dieselben auf diese Weise aus dem Betrieb zu stellen. Bei einer Gegenüberstellung der Löhne stellte es sich heraus, daß der Lohnlohn in der neuen Abteilung um 10 Mk. pro Volant abgenommen war. Hierbei lag das Schreiben der Firma darauf hinaus, die Organisation nach und nach abzutöten. Auch war die Behandlung von Seiten der Meister, insbesondere des Meisters Kahl, keine gute zu nennen. Dieser drohte jedem eine Mark Strafe an, der es sich erlaube, mit einem anderen zu sprechen. Auch glaubte er Verordnungen darüber machen zu können, mit wem man sich unterhalten soll. Beispielsweise wurde einem unorganisierten Kollegen gesagt: „Hinterhalten Sie sich nicht mit dem.“ Gemeint war ein organisierter Kollege. Ein besonderes Talent im Anschauen und Aburteilen entwickelte Meister Kleinberg. Besser wäre es schon, es machte sich bei den Herren in anderer Beziehung ein Talent bemerkbar. Anstelle dieser Behandlung kam es vertriebenen Winter wiederholt zu Differenzen, die zunächst eine gewisse Reiberei und dann eine unangenehme Arbeitsmühseligkeit zur Folge hatten. Hierüber ist natürlich die Firma aus dem Häuschen geraten. Gleich am Tage nach der Bewegung hat sie durch die Meister sagen lassen: „Die Firma hat keine Sympathie mehr für die Arbeiter, auf Lebenszeit braucht niemand mehr zu rechnen.“ Ja, da erlauben wir uns eine Frage: „War der Auspernungsbefehl der Metallindustrie aus Anlaß des Verfallensausstandes, den uns die Firma auferlegen ließ, auch eine Sympathieerklärung für die Arbeiter?“ Nur sich nimmt die Firma das Koalitionsrecht in Anspruch, den Arbeitern will sie es verweigern. Die Sache ist nicht ausgeblieben. Jetzt bei einsetzender Geschäftsschwäche kommt man her und entläßt ein Auszubildendes angeblich wegen Arbeitslosigkeit. Der betreffende Arbeiter ist schon im 7. Jahre bei der Firma beschäftigt und ist sonst bei eintretender Geschäftsschwäche immer Arbeit für ihn dagewesen. Warum denn jetzt nicht? Als der Arbeiterausfluß deswegen vorzüglich wurde und eine Verkürzung der Arbeitszeit beantragt, erklärten die Firmeninhaber: Sie machten, was sie wollten und ließen sich keine Vorschriften machen. „Wer ist Herr im Hause?“ meint Herr Willkop. Ja, warum schreibt man dann in der Arbeitsordnung, nur in den allerdingendsten Fällen Entlassungen vorzunehmen. Die Möglichkeit, diese Entlassung zu vermeiden, haben wir der Firma gezeigt, indem wir eine Verkürzung der Arbeitszeit beantragten. Alle in Frage kommenden Arbeiter hatten sich damit einverstanden erklärt. Aber man wollte nicht. Die Herren haben es so offen ausgeprochen. Es ist eben weiter nichts als ein brutaler Hochst, eine glatte Maßregelung. Dieses ist ja auch bei den Verhandlungen öfter hervorgetreten, indem gesagt wurde, „verflohenen Winter ist ja auch alles vorgekommen“. Und warum hat man für jüngere Arbeiter, die erst einige Wochen beschäftigt sind, Arbeit? Inzwischen hat man noch eine Entlassung vorgenommen. Es handelt sich hier auch um einen Arbeiter, der 6 Jahre im Betriebe war. Ursprünglich war derselbe auf Gammaschen beschäftigt; diese Arbeit wurde denselben entzogen, und jetzt erklärt man, es ist nichts mehr da. Auch diese Entlassung ist weiter nichts als eine brutale Maßregelung. Leider gibt es unter den eigenen Kollegen immer noch Elemente,

die sich durch Liebedienerei und Anbiederung die besondere Gunst der Meister bzw. des Unternehmers erwerben wollen. Ach, den Leuten ist ja so wohl, wenn sie von der Gutmenschen des Unternehmers bedient werden. So sind es auch hier zwei Kollegen, die in dieser Beziehung besondere Fähigkeiten zeigen. Es sind dies die Nachkollegen Mathias und David. Dieselben erklärten sich in dieser Situation, wo ein Vertrauensmann gemakregel wird, ihren Austritt aus dem Verband. Eine wirkliche Handlungsweise. Es dies für 2 Kl. Lohn-erhöhung geschah oder ob den betreffenden Nachkollegen sonstige Vergünstigungen zugesichert sind, entzieht sich unserer Kenntnis. Den übrigen Kollegen aber rufen wir zu: Schließt immer fester das Band der Organisation, um bei geeigneter Zeit Vergeltung zu üben. Wer Wind sät, wird Sturm ernten.

**Noisdorf.** Aus dem so schön am Vorgebirge gelegenen Ortchen ist lange Zeit kein Lebenszeichen in die Ferntiefe gelangt. Man glaubte schon die Firma Gammersbach habe die Fabrikation von Militärstiefeln ganz eingestellt.

Es scheint dies jedoch nicht der Fall zu sein. Vor kurzem fanden in verschiedenen Zeitungen Entlassungs- und Anwerbe-Verordnungen gedruckt wurden. Wir konnten ansichig machen, daß diese Anwerbe-Verordnungen die Firma Gammersbach Noisdorf, die einen größeren Auftrag erhalten, aufgegeben hatte.

Es fanden sich auch Kollegen, die die Arbeit übernehmen wollten. Aber lange war ihres Willens nicht. Die Firma bot den Kollegen Preise, wie sie vor Jahren bezahlt wurden. Außerdem mußten die Kollegen noch „Sachreisen“. Auch dem Druck von organisierten Kollegen ließ sich die Firma herbei, auf einzelne Sachen die Preise zu erhöhen. Es sollte diese Erhöhung jedoch nur den organisierten Kollegen zuteil werden. (Von Rechts wegen.) Damit sind aber immer noch nicht die Preise erreicht, wie sie in anderen Orten bezahlt werden.

Wie es scheint ist die Firma auch nicht gewillt, höhere Preise zu bezahlen. Sie braucht unsere Kollegen nur dann und wann einmal, wenn sie im Druck ist. Unsere Kollegen sollen dann den Rohmaterial liefern. Somit schleicht sich die Firma mit den paar Sachreisen durch, die noch nebenbei Akkord und Viehhand betreiben.

Nebenbei sei noch bemerkt, daß die Firma Gammersbach in enger Verbindung mit der Firma Mühlens in Barmen stehen soll. Es diene dies besonders unseren Kollegen im Wuppertal zur Notiz.

Wir erlauben unsere Kollegen, Arbeitsangeboten von der Firma Gammersbach nicht ohne weiteres anzunehmen, sondern vorerst Erkundigungen bei der Tarifkommission in Berlin oder der Gewerkschaft in Köln einzuziehen.

Für jeden organisierten Kollegen sollte die Firma Gammersbach in Noisdorf bei Bonn als gesperrt zu betrachten sein. Denn nur dadurch können wir die Firma mit der Zeit zwingen höhere Preise zu bezahlen.

**Korrespondenzen.**

**Berlin.** Am 5. Juli waren die Kollegen der Portefeuller- und Reiseartikelfabriken in respektablem Anzahl bei Graumann zur Versammlung erschienen, in der Kollege Benschid die aus dem Vertrage entfallenden Rechte und Pflichten der Arbeitnehmer eingehend erläuterte. Daran schloß sich eine rege Fragestellung, die die Versammelten so interessierte, daß sie hoffen ist, die Versammlungen werden auch in Zukunft ebenso gut besucht. In die Schlichtungskommission wurden die Kollegen Vogt und Schmidt, als deren Ersatzleute Langer und Kreplin gewählt. Zum Ausdruck wurde noch gebracht, daß die Lohnkommission für die Album-, Kappen- und Galanteriearbeiter mit den Unternehmern, ohne unser Wissen erst in letzter Stunde, vereinbart hat, daß nur der Buchbinderverband als Arbeitnehmerkontrahent zu gelten hat. Diese Handlungsweise ist um so unbegreiflicher, als unsere Verbandsleitung den Vorstand des Deutschen Buchbinderverbandes zu der ersten Tarifbesprechung eingeladen hat, wozu auch zwei Vertreter erschienen waren. Dort wurde vereinbart, auf Grund eines Tarifentwurfs gemeinschaftlich vorzugehen. Es vergangen jedoch nahezu fünf Monate, ehe die Berliner Verwaltung des Buchbinderverbandes uns mitteilte, sie wollten selbständig vorgehen. Da nach den damaligen Organisationsverhältnissen 25 Proz. der in Betracht kommenden Kollegen der Kappen- und Galanteriebranche, darunter die Arbeiter einiger Betriebe fast vollständig in unserem Verbande organisiert sind, wurde vereinbart, daß an den Verhandlungen und an den Verhandlungen mit den Unternehmern eine Vertretung unseres Verbandes teilnehmen soll, was auch geschehen ist. Zu dem kommt, daß an uns das Ersuchen gerichtet wurde, in unserer öffentlichen Versammlung am 15. März

eine diesbezügliche Erklärung abzugeben. Auch diesem wurde stattgegeben. In den Versammlungen und Verhandlungen, wie auch bei den Verhandlungen mit den Unternehmern war eine Vertretung unseres Verbandes gegeben. Als nun der Vertrag abgeschlossen wurde, haben die Buchbinderverbandler in der Redaktionskommissionshaltung, ohne uns zu verständigen, mit den Unternehmern vereinbart, uns als Kontrahent auszuschalten. Verdient diese Handlungsweise etwas anders als „fair“ genannt zu werden, und wird sie die bei uns organisierten Kollegen in keiner Weise schädigen, so gewinnt sie doch an Bedeutung, wenn wir uns vergegenwärtigen, daß der Verbandsvorsitzende Klotz in der Versammlung am 21. Juni bei Graumann die bei uns schon seit vielen Jahren organisierten Kollegen aufforderte, sich der Berufsorganisation anzuschließen, als welche nur der Deutsche Buchbinderverband in Betracht kommt. Die Versammelten, und nicht nur unsere Verbandsmitglieder, waren über eine derartige Annäherung erstaunt. Man läßt sich über den Geschmach bekanntermaßen freieren. Möge der Vorsitzende Emil Klotz seinen Anspruch vor sich selbst rechtfertigen. Wir werden aber niemals zulassen, daß eine Gewerkschaft in der Zeit des Lohnkampfes sich über Selbstverleumdlichkeiten hinwegsetzt und im Feinden zu suchen sucht. Unseren Mitgliedern in der Album-, Kappen- und Galanteriebranche wollen wir betonen, daß sie unter den Vertrag genannter Branche fallen, an dessen Zustandekommen wir in hervorragendem Maße tätig waren. In dem Berliner Vertrage für die Portefeuller- und Reiseartikelfabriken findet noch folgender Passus Aufnahme:

„Die in Album-, Kappen- und Galanteriebranchen beschäftigten Mitglieder des Sattler- und Portefeullerverbandes fallen unter den Vertrag für die Album-, Kappen- und Galanteriebranchen des Vereins. Bei Differenzen, die aus diesem Vertrage entstehen, entscheidet in solchen Fällen die in dem Vertrage für die Reiseartikelfabriken und Portefeullerbranche eingesetzte Schlichtungskommission, nach den Bestimmungen des Tarifs für die Album-, Kappen- und Galanteriebranche.“

Auf diese Weise haben wir die Interessen unserer Mitglieder gewahrt, und glauben wir, das Urteil über die Handlungsweise der Leitung des D.R. allen freien Gewerkschaftern überlassen zu können.

**Tredden.** (E. 7. 7.) Sonnabend, den 1. Juli, fand die von 70 Kollegen besuchte Branchenversammlung der Reiseartikelfabriken statt. Gewählter Kollege Höf, Offenbach, sprach über: Die Reiseartikelfabriken und Portefeullerbranche im Offenbacher Industriegebiet und die letzte Tarifbewegung. In jenem 1 1/2 stündigen interessanten Vortrag führte der Redner den Anwesenden die eigenartigen Verhältnisse im Offenbacher Industriegebiet vor Augen. Den Vortrag in seinen Einzelheiten wiedergeben, erübrigt sich, da das Gehörte sich mit den in unserer Zeitung gebrachten Artikeln über die Offenbacher Industrie vollständig deckt. Neben dem abgeschlossenen Tarifvertrag berichtete Kollege Höf eingehend. In der Debatte erklärten sich sämtliche Redner für Einführung des in unserer Zeitung empfohlenen neuen Abstimnungsmodus bei Lohnbewegungen. Der mit so großem Interesse verfolgte Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen. Im „Gewerkschaftsblatte“ wurde auf den in Tredden ausgebrochenen Pöckelstreit hingewiesen.

**Meiningen.** (E. 8. 7.) Die Versammlung am 1. Juli nahm den Bericht des Gewerkschaftsrates und der Lohnkommission entgegen. Dann hielt Kollege Ag einen Vortrag über die Tarifbewegung in der Lederwarenbranche, woraus die Anwesenden ersehen konnten, was durch Eingabe erzielt werden kann.

**Aus anderen Organisationen.**

„Der Kupferstich“, das Organ des gleichnamigen Verbandes, erschien am 1. Juli im Zeitgewande. Der Verband ist in diesem Tage auf ein 25jähriges Bestehen zurück und unterbreitet aus diesem Anlaß seinen Mitgliedern ein wertvolles geschichtliches Material über die Entwicklung der Organisation. — Der Zentralvorstand des **Tabakerverbandes** läßt in der Zeit vom 15. bis 23. Juli eine Kräftigung zwecks Verschmelzung mit dem Bauarbeiterverbande vornehmen. —

In den Reihen der Holzindustriellen **Samburg** ist jetzt offene Rebellion ausgebrochen, und zwar weil der Arbeiterschuttsverband die Unterstützung, die bisher pro Arbeiter und Tag 2 Mk. betrug, auf 1 Mk. herabgesetzt hat. In einer Bezirksversammlung wurde das damit begründet, daß nach den letzten Beschlüssen des Holzarbeiterverbandes ein Ende des Stempels nicht abzusehen sei, und da man schon 400000 Mk. verbraucht habe, müsse man mit den noch vorhandenen Mitteln recht hausbatterisch zu Werke gehen“. Die fällige Unterstüßungsrate

sonnt nicht ausbezahlt werden, doch wurden die Meister damit getrieben, daß ein größeres Darlehen in Aussicht gestellt sei". Am Sonntag, den 2. Juli, tagte in Effen unter freiem Himmel eine Massenversammlung der Krupp'schen Arbeiter, in der die Lohn- und Arbeitsbedingungen bei der Weltfirma einer gründlichen Kritik unterzogen wurden. Der Streik der Steinbauer und Steinarbeiter in Maintal ist durch Abschluß eines Tarifvertrages erledigt. Die Kärntner Metallspielwarenarbeiter sind am 30. Juni in eine Lohnbewegung eingetreten. Ihre Forderungen sind: 55 stündige Arbeitszeit pro Woche, ein Mindestlohn für männliche Arbeiter von 23 bis 50 Pf., für Arbeiterinnen 20 bis 28 Pf. und Regelung des Alfordwehens. Im Verlaufe konnten rund 2550 Personen, von denen 2580 im Metallarbeiterverbande und 200 in anderen freien Organisationen organisiert sind. Die christlichen Arbeiter kommen bei der Lohnbewegung mit 6 mündlichen und 2 weiblichen Personen in Frage. 10 000 Glasarbeiter in 61 Fabriken des Sächsisch-Schlesisch-Vaußener Bezirkes, alle im Glasarbeiterverband organisiert, sollen auf Beschluß des Arbeitgeberverbandes deutscher Glasfabriken ausgespart werden, wenn bis zum 15. Juli keine Einigung in dem seit 16 Wochen währenden Glasarbeiterstreik in Klauscha erzielt worden ist.

**Soziales.**

Die Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden wird, wie die „Soz. Praxis“ mittels, durch eine aus den Meistern der sozialpolitischen Abteilungen des Reichsamts des Innern und des preussischen Handelsministeriums bestehenden Kommission vorbereitet, die vom 1. bis 17. Juli die hauptsächlichsten Gebiete der Hausindustrie besuchen wird, um sich mit den beteiligten Industrien in Verbindung zu setzen.

Besucht werden Hamburg, Bünde, Oerford, Viefeld, Krefeld, Elberfeld, Köln, Offenbach, Lichtentfeld, Kronach, Sonneberg, Plauen, Dresden, Breslau und Meidenbach, wo die Verhältnisse der Hausarbeit in der Zigaretten-, Keimen-, Spitzen-, Ledermwaren-, Spielwaren-, Korbwaren-, Nahrungsmittelindustrie und der Konfektion in Frage kommen. Daß die Eisenindustrie in Solingen in die Erhebungen nicht eingeschlossen ist, hat seine Ursache darin, daß dort durch Krisistatut die Hausgewerbetreibenden bereits der Ortskrankenkasse angehören. Mit der Stadt Berlin sollen entsprechende Verhandlungen im Herbst stattfinden.

Die wichtigsten Fragen, die der Regelung durch den Bundesrat unterliegen und für die daher die Unterlagen beschafft werden müssen, sind: die Berechnung der Zuschüsse der Klassen untereinander, die Vorkaufstellung über die beschäftigten Hausgewerbetreibenden für die Landkrankenkassen durch die Auftraggeber und die Mitteilung über die Unterlagen zur Nachprüfung der Zuschüsse. Außerdem müssen zur Durchführung der hausgewerblichen Krankenversicherung eine Reihe weiterer Punkte geregelt werden, so die besonderen Verhältnisse in der Puppen- und Korbmacherei sowie der Maschinenfabrikerei, die Berechnung der Roh- und Hilfsstoffe, wo verschiedenartige Materialien je in kleinerem Umfange zur Verwendung gelangen, und die Verrechnung des Auftragsbezugschusses in den Fällen, wo sich der Hausgewerbetreibende bei der Herstellung des Fabrikats der Hilfeleistung anderer selbständiger Hausarbeiter bedient.

Die gewerblichen Arbeiter in Preußen 1910. Die letzten herausgegebenen Berichte der preussischen Regierungs- und Gewerbeämter und Verwaltungsstellen auf das Jahr 1910 lassen ebenfalls, wie die allgemeine Betriebs- und Gewerbebilanz, eine rasch steigende Industrialisierung des größten deutschen Bundesstaates erkennen. Aus dem Gesamtbild tritt die überragende Stellung bestimmter vorzüglich kapitalistisch organisierter Gewerbegruppen noch besonders hervor. Von den insgesamt 3 240 006 beschäftigten Arbeitern, ohne Bergbau, entfielen 513 336 auf die Gruppe Hütten- und Walzwerke und Metallverarbeitung, 748 713 auf die Gruppe Maschinenbau, Instrumente, Apparate, und 829 850 auf die Textilindustrie. Diese vier Gruppen allein umfassen 1 429 499 Arbeiter, d. h. rund 44 Proz. der Gesamtzahl. Dazu kommen noch 727 704 in den unter Aufsicht der Verwaltungsstellen stehenden Anlagen.

Betrachtet man sich, ohne Bezugnahme auf die Vergleiche, die Entwicklung der Gesamtarbeiterzahl, so ergeben sich einige charakteristische Merkmale. Es wurden beschäftigt:

Jahr	Arbeiter	davon im Alter	erwachsenen
		14-16 Jahre	weiblicher
1900	2 464 974	1794	393 817
1905	2 838 925	2332	509 962
1909	3 061 430	2420	588 949
1910	3 249 006	2749	619 212

Die Gesamtsumme ist im Laufe des letzten Jahres um fast ein Drittel angewachsen. Prozentual

nach früher hat die Zahl der beschäftigten Kinder unter 14 Jahren zugenommen! Die meisten sind in der Gruppe Textilindustrie und Metallverarbeitung zu finden. Ihre starke Zunahme beweist am besten, wie heillos die Mängel der „Minderereunde“ über „unerträgliche“ gesetzliche und polizeiliche Beschränkung der Mindererausbeutung sind.

Stärker als die Gesamtzahl der Beschäftigten ist auch die Verwendung jugendlicher Arbeitskräfte geblieben. Bezeichnend ist, daß in dieser Arbeitergruppe die körperlich schwächeren Mädchen erheblich mehr zu nehmen als die Knaben. Während die Zahl der beschäftigten Knaben von 123 085 im Jahre 1900 auf 158 857 im Jahre 1910, also um nicht 30 Proz. anwuchs, verkehrten sich die Mädchen von 49 601 auf 87 925, d. h. um rund 68 Proz.! Die widerstands-schwächeren Arbeitskräfte werden also bevorzugt!

Daraus erklärt sich auch zum guten Teil das weit über den Durchschnitt hinausgehende Anwachsen des erwachsenen weiblichen Arbeitspersonals. Frauen und Mädchen werden jetzt in allen Gewerbegruppen ausgenutzt. Tomäne der Frauennarbeit ist die Textilindustrie, wofür fastjährig über 100 000 Frauen und Mädchen nachgewiesen sind, die verwandte Felleidungsindustrie incl. Kleider- und Wädelkonfektion mit circa 190 000, die Metallverarbeitung und Maschinenindustrie mit über 80 000, die Zigarettenindustrie mit über 46 000, die Nahrungsmittel- und Genussmittelindustrie mit circa 36 000, die Papierindustrie mit über 35 000 weiblichen Arbeitskräften.

**Genossenschaftliches.**

Vom achten Genossenschaftstaa. In Leipzig wurde in der vorletzten Sitzung der achte Genossenschaftstaa des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine abgehalten. Dem Zentralverbande sind 1109 Vereine angeschlossen mit zusammen 1 171 763 Mitgliedern, gegen 1060 Vereine mit 1 047 763 Mitgliedern im Jahre 1909. 850 Delegierte waren anwesend. Die Entwicklung des Zentralverbandes ist als eine glänzende zu bezeichnen. Seit dem Jahre 1903, dem Gründungsjahre des Verbandes, ist die Zahl der angeschlossenen Vereine gestiegen von 385 auf 1109, sie hat sich mithin nahezu verdoppelt. Noch mehr ist die Mitgliederzahl gewachsen, nämlich von 481 000 auf rund 1 172 000. Der Umsatz in den eigenen Geschäften der Vereine hat sich von 273 371 000 M. im Jahre 1909 erhöht auf 306 931 600 M. im Jahre 1910, der Wert der in den Eigenbetrieben hergestellten Waren in dem gleichen Zeitraum von rund 44 Millionen auf 53 Millionen Mark. Dieses Bild glänzender organisatorischer und wirtschaftlicher Wachstums der genossenschaftlichen Konsumvereine wird vervollständigt durch einige Daten über die Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine, die dem Zentralverband korporativ angeschlossen ist. Von 247 im Jahre 1903 hat sich die Zahl der Gesellschafter (Konsumvereine) vermehrt auf 675 im Jahre 1910. Von der geschäftlichen Ausdehnung der Großverkaufsgesellschaft erhält man ein ungefähres Bild, wenn man sich vergegenwärtigt, daß sie mit etwa 1500 Konsumvereinen in Geschäftsverbindung steht. Sie beschäftigt 1155 Personen gegen 197 im Jahre 1903 und steigerte ihren jährlichen Umsatz in dem gleichen Zeitraum von 22 Millionen auf 89 Millionen Mark; der Meingewinn erhöhte sich von 92 000 M. auf eine Million Mark. Die Verlagsanstalt des Zentralverbandes, die 1904 gegründet wurde, beschäftigte 1910 221 Personen; sie erzielte einen Umsatz von rund 1 1/2 Millionen Mark und einen Meingewinn von 100 000 M. Daß die Genossenschaftsbewegung auch für die Wohlfahrt der in ihr beschäftigten Personen besorgt ist, lehrt uns die Unterprüfungsliste des Zentralverbandes, die nach fünfjähriger Karenzzeit mit dem 1. Januar dieses Jahres positiv in Wirksamkeit getreten ist, und der 177 Vereine mit 4825 Mitgliedern, rund 30 Proz. der beschäftigten Personen, ang hören. In Aussicht genommen ist die Schaffung einer „Vollfürsorge“, gemeinsam mit den Gemeindefürsorge, für die Mitglieder beider Organisationen, die den vielen und mannigfachen privaten Volksversicherungen entgegenwirken soll.

Sein Interesse an der Schaffung geregelter Lohn- und Arbeitsverhältnisse für die in den Genossenschaftsbetrieben beschäftigten Arbeiter bekundete der Zentralverband durch den Abschluß von Tarifverträgen mit den zuständigen Gewerkschaften, wie er auch sonst an der Erfüllung aller notwendigen wirtschaftlich-genossenschaftlichen Aufgaben bereitwillig mitgewirkt hat.

Der Genossenschaftstaa ist auch der Frage der Errichtung genossenschaftlicher Bildungsturse näher getreten; diese Frage hat bereits greifbare Gestalt angenommen und dürfte in absehbarer Zeit ihre Verwirklichung erhalten, womit die Voraussetzungen zur Heranbildung tüchtiger wirtschaftsorganisatorischer Kräfte erfüllt wären. Nebenher lassen die Arbeiter des Genossenschaftstages erkennen, daß auch in der

Zukunft an dem weiteren Ausbau des Genossenschaftswesens emsig gearbeitet werden soll, was im Interesse der Beteiligten nicht nur, sondern der gesamten Volkswirtschaft durchaus zu begrüßen ist.

Genossenschaftliche Kultur. Neben der kapitalistischen Wirtschaft gewinnt die genossenschaftliche immer mehr Bedeutung. In der Vereinigung großer Bevölkerungsschichten zu Genossenschaften, insbesondere zu Konsumgenossenschaften aller Art, liegen die Steine zu gewaltigen wirtschaftlichen und kulturellen Umwälzungen. Heute ist bereits ein deutlicher Gegensatz zwischen kapitalistisch und genossenschaftlich vorhanden, der sich auf einzelnen Gebieten des Wirtschaftslebens bereits zu einem Ringen um die Vorherrschaft entwickelt hat und in dem die Erfolgswünsche des Genossenschaftswesens unverkennbar sind. So, die Zahl derer, welche nützlich, die der Heberzeugung sind, daß die Genossenschaften ein absolut notwendiger Faktor für höhere Kultur sind, einer Kultur, die sich gegenüber dem abstoßend egoistischen und unsozialen Charakter des kapitalistischen Betriebes durch Gemeinnützigkeit und soziales Wesen auszeichnet.

Als ein bedeutsames Zeichen der Zeit mag es deshalb angesehen werden, daß sich jetzt eine Gesellschaft für genossenschaftliche Kultur gebildet hat. Allerdings handelt es sich dabei um keine Neugründung, sondern um die Umwandlung der seit 2 1/2 Jahren bestehenden Kulturgesellschaft Ernst Abbe. Aber diese Gesellschaft, die nur an den Namen des großen Jenaer Sozialphilosophen Ernst Abbe in geistiger Beziehung anknüpft und sich im übrigen für die genossenschaftliche Kulturentwicklung einsetzt, ist durch die mächtige Entwicklung auf ihrem Arbeitsgebiete genötigt worden, sich klar und eindeutig als „Gesellschaft für genossenschaftliche Kultur“ umzuorganisieren. Die Umwandlung wurde gelegentlich des ersten Gesellschaftstages von den Delegierten der Gesellschaft am 20. Juni im Leipziger Volkshaus mit Einstimmigkeit vorgenommen.

Die neue Vereinigung bezweckt im besonderen erstens die Ausbreitung und Vertiefung genossenschaftlicher Ideen im gesamten Wirtschafts- und Kulturleben im Geiste des Bahlspruches: „Alles für das Ganze und meinen Vorteil nur durch das Ganze“, zweitens die Anregung zu gleichgerichteter genossenschaftlicher Praxis und drittens die Ausgestaltung ihrer Zeitung „Genossenschaftliche Kultur“ zu einem unabhängigen monatlichen Diskussionsorgan für genossenschaftliche Entwicklungs- und Streitfragen.

Dem Beirat der Gesellschaft gehören neben anderen an die Herren: W. S. Waage, Dozent, Berlin; Leopold Malscher, Volkswirtschaftler, Augsburg; Prof. Rob. Wilbrandt, Tübingen; Prof. Loemlis, Kiel; Dr. Zwade, Prag; A. Eichner, Optiker, Jena. Der Vorstand wird gebildet aus den Herren: Chefredakteur Feus, Dessau; Dr. Bog, Finkenmühle i. Th. und R. Trenn, Ingenieur, Fichtelau bei Berlin, Mittelstraße 7. Von letztgenannter Adresse können Interessenten gegen Einsendung von 10 Pf. für Versandkosten ausführliche Drucksachen erhalten.

**Rundschau.**

Aus dem politischen Leben. Die letzten Wochen haben kein großen politischen Kämpfe gebracht. Sie beschränkten sich auf Bewegungen der Parteien. Welche längerfristige Kreise waren von dem produzierenden Auftreten der Blockbrüder zurückzuführen. Auch die Nationalliberalen wandten sich dagegen. Und selbst ein so reaktionärer Herr wie der Graf v. Jellich und Welfisch sprach im „Tag“ offen aus, „daß der Schluß des Landtages das geradezu beschämende Ergebnis eines fortschreitenden Niederganges der Leistungsfähigkeit des Landtages“ sei.

Diese Unzufriedenheit nützte die Sozialdemokraten klug aus. Sie beriefen große Versammlungen in ganz Preußen ein und sagten den Leuten, was die Glode geschlagen hat und was daraus für Lehren zu ziehen sind. Ist graute dem Zentrum wegen seines Verhaltens im preussischen Landtag. Es fürchtete die unangenehme Vorwürfe seiner, christlich organisierten Arbeiter, weshalb das offizielle Organ, die „Germania“, erklärte, daß es „doch das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht anstrebe, nur nicht mit einem Mal, sondern in Etappen“. Dann redete es seinen konservativen Blockfreunden zu, doch von einer Politik Abstand zu nehmen, „die auf Abwirtschäften beruht“. Diese Stellung veränderte wieder die Konserwativen und einer der Angesehenen, der Reichstagspräsident Graf von Schwerin-Löwis, erklärte offen in einer Versammlung zu Treptow a. M., „das Zentrum sei eine unerfreuliche Erscheinung“, worauf das beliebteste Zentrum drohte, wenn die Bundesbrüder in dieselbe Herbe hauen würden wie der Reichstagspräsident, so würden sie „das Fisch-tuch zwischen sich und dem Zentrum trennen“. Damit war ein Zwiepsalt zwischen den Blockbrüder getreten. Da riefen jedoch angegebene Stimmen der konservativen Parteileitung ins Gedächtnis, daß

sie durch ihr allzu schroffes Vorgehen den gemäßigten Konserverativen und vor allem den Miläusern vor den Kopf stießen und das Zentrum erinnerte sie daran, daß die konserverative Partei ohne diese unerschrockene Erscheinung nichts ausrichten könne.

Die Parteileitung lenkte ein, desabotierte den allzu hitzigen Grafen von Schwerin-Wösig und fogate sogar dafür, daß der Präsident des Landtages, der berühmte Erzkanzler v. Schröder, das Amt niederlegte, das er zum Schanden für die Sozialdemokratie und zur Schande für die Junker so oft mißbraucht hatte.

Damit beruhigte sich das Zentrum und der schwarz-blaue Block ist nach außen wenigstens wieder einig.

Die zweite wichtige Erscheinung war der Konflikt im Ganjabinid. Die Reichsten und Mächtigen der Industrie, die Vertreter der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie, sind aus dieser Organisation ausgestiegen. Den Anlaß dazu bot die Programmrede des Vorsitzenden, Geheimrats Nieker, der den Kampf gegen rechts, gegen die Agrarier, proklamirte. Zuerst war der Vorsitzende des mächtigen Zentralverbandes der Industriellen, der Landrat Köhler, ausgestiegen. Ihm folgten andere Größen, wie der Vorsitzende des größten deutschen Eisenartells, des Stahlwerkverbandes, Kommerzienrat Nödling, und jetzt hat sogar eine ganze Gruppe, die niederrheinisch-westfälische Bezirksgruppe, in corpore ihren Austritt erklärt und ist ein selbständiger Verein geworden.

Die Schlotjunger stoßen sich an dem Kampf gegen die Agrarier, denn sie wissen genau, daß gerade die Agrarier ihnen erst die schöne Schutzpolitik gesichert haben, die ihnen die Konkurrenz des Auslandes vom Halse hält und ihren Kartellen und Syndikaten die Ausplünderung der Konjumenten erlaubt. Weiter aber fürchten diese Klagen, daß dann auch die Parteien gestärkt werden, die ihren Arbeitern eine bessere Sozialreform sichern und das ganze ja diesen Anzeichen auf die Fische.

Das wichtigste Ereignis der Woche war die Affäre von Agadir. Ganz unerwartet schickte die Reichsregierung den kleinen Kreuzer „Panther“ nach dem marokkanischen Hafen Agadir. Sie begründete das mit der Nothwendigkeit des Schutzes der dortigen Deutschen und erfuhr einige Tage später den „Panther“ durch den größeren Kreuzer „Berlin“. Den Grund zu diesen Maßregeln glaubte der Regierung bald kein Mensch. Denn in und um Agadir lebt kaum ein Wäckerbüchender Deutscher und niemand hatte gehört, daß diesen ein Haat gekrümmt worden sei. Man vermutete vielmehr, daß Deutschland sich nur an der Aufteilung Marokkos beteiligen wolle, genau so wie es bei den chinesischen Wirren sich Mißtraufschau verschafft hatte. Das gab der Vertreter der Regierung, der Staatssekretär von Krieger-Wächter selbst zu, denn er sagte zum französischen Botschafter, daß wir direkt mit Frankreich wegen Kompensationen (Entschädigungen) verhandeln wollen und zwar über die Vernehrung unserer südafrikanischen Besitzungen.

Sofort stellte sich auch die bürgerliche Presse freundlich zu dem Unternehmen, ja die Vertreter lobten es und das Blatt der rheinischen Schwerindustrie wünschte sogar einen Krieg mit Frankreich.

Nur die sozialdemokratische Presse behielt ihre kalte Ruhe und stellte fest, daß dadurch die Beziehungen mit dem westlichen Nachbar getrübt würden und daß Agadir „nicht die Knochen eines deutschen Arbeiters wert sei“.

Und das stimmt. Der Hafen von Agadir ist zwar ein guter Hafen, das Hinterland ist auch sehr fruchtbar und enthält zudem reiche Erz-, Silber- und Goldlager, doch Stadt und Hafen sind gänzlich verwahrloßt, die Bevölkerung aber so kriegerisch, daß die Europäer das Hinterland noch nicht einmal genau erforscht haben. Doch auch die Absicht, aus dem Handel Kompensationen herauszuschlagen, scheint der Regierung nicht zu glücken. Denn jetzt will auch England von diesem Land etwas abhaben, während es vorher zugunsten seines Freundes (Frankreich) verzichtet hatte. Deutschland hat also jetzt glücklich zwei Gegner vor sich einen und fährt vielleicht mit dem forscher Aufreten nicht besser als mit den diplomatischen Verhandlungen, läßt sich aber eine Menge Geld kosten und macht sich Frankreich noch mehr zum Feind. Was es aber aushandelt, das ist dann wieder ein Stück jener Kolonien, die uns wieder mehr Zuschüsse kosten wie jetzt Mißtraufschau. Gätten wir eine wirklich demokratische Regierung und wären wir Arbeiter darin nach ihrer Stärke vertreten, so wäre eine solche Politik der Selbstbelastung nicht möglich. Die Lehre daraus ist für jeden denkenden Arbeiter die, durch Mitarbeit, durch Agitation und Aufklärung die Macht der Arbeiter zu stärken, damit diese Macht erst eine Politik herbeiführt, die wirklich dem Wohl des deutschen Volkes dient.

**Bekanntmachung für die Portefeuilles- und Reisefartikelindustrie.**  
Berlin, Frankfurt-Offenbach, Freiberg i. S. und Stuttgart.

1. Sonnabend, den 8. Juli, fand im Savoy-Hotel zu Berlin eine Sitzung der Zentralvorstandsvertreter der Vereinigung deutscher Lederwarenindustrieller und unieres Verbandes statt, in der beschlossen wurde, den Sitz des Zentralkartellamtes in Offenbach am Main zu verlegen. Da die Tarifverträge zwischen uns und benannter Vereinigung abgeschlossen worden sind, können nur Mitglieder dieser Organisationen als Beisitzer und deren Stellvertreter fungieren. Arbeitnehmerseits stellt Berlin einen Beisitzer und einen Stellvertreter, Offenbach zwei Beisitzer und zwei Stellvertreter.

2. Die in Weistform gedruckten Tarifverträge werden von den zuständigen Ortsverwaltungen gratis an die Mitglieder abgegeben. Jedes Mitglied erhält nur ein Exemplar.

Der Obmann für die Lederwarenbranche.  
H. Reinchild.

**Bücherschau.**

Vom Jüngling zum Mann. Ein ernstes Wort zur fernellen Lebensführung von Dr. med. Georg Hüfcham. Dauerhaft kartoniert 1,40 Mk., elegant gebunden 2 Mk. Porto 10 Pf. Schöne Ausstattung Verlag von Strecker u. Schröder in Stuttgart.

**Verfammlungskalender.**

(Unter dieser Rubrik beröffenlichen wir kostenlos diejenigen Versammlungsanzeigen, die bis zum Redaktionsschluss bei uns einlaufen.)

- Berlin, Mittwoch, den 19. Juli, abends 8 1/2 Uhr, in den „Armin-Hallen“, Kommandantenstraße 38/39, Generalversammlung.
- Sagen i. W., Sonntag, den 23. Juli, vormittags 11 Uhr, bei Karl Schürhoff, Hochstraße.
- Strasburg, Sonnabend, den 22. Juli, abends 9 Uhr, „Zum Falken“, Schiffleutnanten.
- Mühlhausen i. Th., Sonnabend, den 22. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im „Kaiser Wilhelm“.
- Kauten, Sonnabend, den 22. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant „Stadt Zittau“.
- Fraunschweis, Dienstag, den 18. Juli, abends 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 5.
- Ghemais, Sonnabend, den 22. Juli, abends 8 1/2 Uhr, „Stadt Meissen“, Rochlitzstraße 8.
- Leipzig, Freitag, den 21. Juli Mitgliederversammlung.

**Anzeigen**

**Zentral-Frankenkasse der Sattler, Portefeuille u. Berufsgeossen Deutschlands, E. H. 64 in Berlin.**

**Quartalversammlungen.**

Tagesordnung:

- 1. Bericht und Abrechnung vom 11. Quartal 1911.
  - 2. Wahl des halben Vorstandes.
  - 3. Verschiedenes.
- Berlin, Sonnabend, den 22. Juli, abends 9 Uhr, bei „Reichnacht“, Grünstraße 21, Kaiserlautern. Sonntag, den 16. Juli, im Restaurant zu den „Drei Röhren“, Stadtheierstraße 1.
- Dresden, Sonnabend, den 22. Juli, 1/9 Uhr abends „Volkshaus“, Zimmer 15.
- Bismar, Montag, den 17. Juli, abends 8 1/2 Uhr, in der „Hansa“, A. B. C., Straße 17.
- Wormen, Samstag, den 22. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Kassenlokal bei Gustav Schröder, Hedingerhauser Straße 55.
- Münster, Samstag, den 22. Juli, abends 8 Uhr, Restaurant Seibold, Wiesenstraße Ecke Hummelheiner Weg.

**Tüchtigen Lederarbeiter**

auf Damentaschen, Mittelgenres, stellt sofort ein  
**Hannauer Lederwarenfabrik,**  
H. Rittz, Hannau i. Schl.

**Sattler**

auf große Reifenkoffer.  
**Horlmann & Sander, Hannover.**

**Tüchtige Wagensattler**

(Garnierer) stellen bei hohem Lohn für dauernde Beschäftigung ein  
**Cudw. Kathe & Sohn, Halle a. S.**  
Lugowitzer- und Karoffertelstraße.

**Kollegen Rixdorfs!**

Empfehle meine

**Lederschürzferei**

Sauberste Arbeit, billige Preise. Auf Wunsch sofort. Um guten Zuspruch bittet  
**H. Kamm, Rixdorf, Reuterstr. 84, I.**

**Tüchtiger Koffermacher**

kann sofort dauernde Stellung erhalten. Offerten mit Lohnansprüchen an Lederwarenfabrik **Karbus** in **Dänemark.**

**Werkzeuge, Beschläge, Riemen u. Stifte.**

Spezialität von **E. Neubauer, Offenbach a. M.**  
Lieferung sofort ab Lager.

**Faltenbrechmaschinen,**

Größe 14 x 22 cm, liefert  
**Alfred Krubensbacher, Maschinenfabrik, Berlin,**  
Köpenickerstraße 155/156. Amt IV, 7929.

**Lehrbücher für Sattler:**

- Bergerhoff, Der moderne Tapezierer... 7,50 Mk.
- Bucheler, Wie legt u. beh. man Einoleum? 2,70
- Mosgenkern, Der Sattler als Zuschneider 5,00
- Rausch, Der Wagenfabrikant... 8,00
- Retusch, Der Wagenkasten und sein Plan 5,00
- Reuter, Die Schule des Tapezierers... 7,50
- Schlüter u. Rausch, Handbuch f. Sattler 9,00
- Schlüter, Zuschneiden der Sattlerarbeiten 7,50

Zu beziehen durch:

**Joh. Fassenbach, Berlin SO. 16.**  
Bei Einbindung d. Betrages erfolgt franco-Zusendung.

**Georg Weichnachts Bierhaus, Großstr. 21.**

**H. Weib-, Bayrisch-, Kulmbacher Bier**

Zahlstelle der Zentral-Frankenkasse der Sattler und der Ortsverwaltung  
des Verbandes der Sattler. Zahlstelle der „Freien Volkshilfen“



**100 Stück gute 6 Pfg.-Zigarren für Mk. 3,—**

Sie ich in der Lage zu liefern, weil ich ganze Lager aus Konsummassen, Lombardgeschäften usw. ankaufe. Ferner liefere ich:  
 100 Stück feine 7 Pfg.-Zigarren für 3,50 Mk., 100 Stück feine 8 Pfg.-Zigarren für 4 Mk.,  
 100 Stück hochfeine 10 Pfg.-Zigarren für 5 Mk., 100 Stück hochfeine 12 Pfg.-Zigarren für 6 Mk.,  
 Ein Versuch lohnt zu dauernder Anschaffung. — 100 Stück feine. — Nichtbenutztes nehme ich zurück. — Versand nicht unter 100 Stk. — 24. Hafen, Berlin-Gesund., Berlin G., Rosa-Schönhaferstr. 16. Beim Baden, nur 1 Kreuz. — Geschäftl. 1911.